NEUES
SCHANZEN LEBEN

2/90

NICOLAI RABELS:
Wir reden nicht von Vertreibung — wir VERTREIBEN!

2,50.-



Hallo, liebe FreundInnen des Neuen Schanzenlebens, da sind wir wieder. Wir waren fleißig - und dies ist schon die zweite Ausgabe in diesem Jahr.
So spannend, wie es in der Szene z.Zt. aussieht, ist auch diese Zeitung geworden, wobei wir keine Probleme hatten die 24 Seiten zu (über-)füllen.
Wir haben versucht, so aktuell und stadtteilbezogen wie möglich zu sein, siehe auch die Artikel zur Steg(Stadterneuerungsgesellschaft), der Sanierung der Westlichen Inneren Stadt (WIS), den Räumungen der Wohnprojekte Lama und Sommerhuder Str., wie auch zu den Geschehnissen in der Schilleroper.

Doch unserer Aktualität sind halt Grenzen gesetzt, die sich z,B. an der jetzt, zum Zeitpunkt des Layouts, laufenden Besetzung in der Sternstr. zeigt.
Für alle, die sich so ernst nehmen wie wir uns, haben wir einige kleine Leckerbissen auf den Tellerrand autonomer Basisbanalitäten gelegt.

Bestelladresse für die Broschüre der Autonomen Studis

Autonome Studis (Bolschewiki)
c/o Archiv für Soziale Bewegungen
Wilhelmstr.15
7800 Freiburg

(im Buchladen "Die Druckerei" erhältlich für DM 8.-)

Die Redaktion

P.S.: An die Leute, die dem Haus für Alle diesen erfreulichen Besuch abgestattet haben:
Wir hätten gerne ein paar schöne Bilder von eurer "Sanierung" der Modelle (vielleicht: vorher/nachher!?) gehabt!



„Der heiße Draht"

" Akzeptanz und Konsens der Beteiligten sind für die künftige Stadterneuerungspolitik eine Grundvoraussetzung und stellen zugleich hohe Anforderungen an den mit der Umsetzung betrauten Träger."
Dies ist ein Zitat aus der Senatsdrucksache zur Errichtung einer Stadterneuerungs- und Entwicklungsgesellschaft, besser bekannt unter dem Kürzel S.T.E.G..

Akzeptanz und Konsens - Wörter, die wenn sie ernst gemeint sind, jede/r gerne hört und zugleich einen hohen Anspruch an die politisch Verantwortlichen darstellen, hier besonders an die S.T.E.G..
Seit dem 2.1.90 residiert sie am Schulterblatt 36 - eine kurze Zeit nur, trotzdem gab es schon interessante Dinge festzustellen.
1. Feststellung :
Im Erdgeschoß macht sich rund um die Uhr ein Pförtner breit. Angestellt ist er (bzw. sie) bei der ALMO GmbH, einem Wach- und Schließunternehmen.
Tag und Nacht sitzen Pförtner meistens da, wo es Leute und/oder Institutionen gibt, die entweder viel Geld oder Macht (oder beides) haben und/oder dermaßen unbeliebt sind, daß sie ständig geschützt werden müssen. Sie wissen wahrscheinlich, warum sie sich so schützen müssen, denn auf Dauer wäre eine Alarmanlage sicherlich billiger. Ein weiterer Aspekt verdient in diesem Zusammenhang Beachtung: Die S.T.E.G. sitzt im 6. Stock. Natürlich weil sie da einen phantastischen Ausblick haben, aber etwa auch weil Steine nicht fliegen können ?
2. Feststellung :
Wenn mensch sich erkundigen will, wie der große Vorsitzende P.J. geschlafen hat, weil mensch als Sanierungsbetroffener mal wieder schlaflose Nächte hatte, dann muß mensch beim Pförtner die Personalien angeben und den Grund des Besuches.
Und jetzt schlägt die große Stunde des Pförtners, in welcher er Flexibilität, Kreativität und Verantwortungsbewußtsein zeigen muß :
Er muß rastern können !!!
Sieht der Besuch wie er selbst aus oder wie ein Bankangestellter oder Behördentyp - gebongt, kann passieren. Paßt der Besuch nicht in dieses Raster, hat gar ein ungepflegtes Äußeres, ist nicht alleine und redet was von "Umstrukturierung und Vertreibung", dann greift er unter den Tresen und zieht (nicht gleich die Knarre) einen Personenbeschreibungsbogen hervor.
4. Feststellung :
Dort trägt er fein säuberlich ein: Name, Alter, Geburtsdatum, Nationalität (alles soweit bekannt), besondere Merkmale, welche Fragen gestellt wurden, weitere Auffälligkeiten. Erscheint ihm diese Person(en) "verdächtig", wird Kontakt zum Polizeirevier an der Lerchenstr. (PR 16) hergestellt. Dann kommt einer von den unauffälligen Beamten in Zivil vorbei und holt die Bögen ab. Das sie in der PR 16 nicht im Altpapier landen, sondern munter ausgewertet werden, dürfte Feststellung Nummer 5 sein.



Daß das ohne Wissen von oben geschieht (Peter Jorzick), ist unvorstellbar und dürfte somit Feststellung Nummer 6 sein.
Die Stadterneuerungspolitik "... erfordert eine verstärkte Zusammenarbeit der Behörden mit anderen Institutionen und Körperschaften, die Fachwissen, Ortsbezug und Akzeptanz mitbringen." (Zitat s.o.)
So sieht als die Zusammenarbeit aus, hatten wir auch nicht anders erwartet.
Unser Konsens heißt: STEG go to hell!
Falls sich der Kontakt nicht vermeiden läßt:

Vorsicht beim Umgang mit den Ratten von der S.T.E.G. und dem ALMO Wachdienst. Überwachen und Bespitzeln ist IHR Job.

Das neue Ausländergesetz

DIE NEUEN BEDINGUNGEN DER VERWERTUNG WERDEN FORMULIERT

Für die Kenner der Szene einigermaßen überraschend, stellte die Bundesregierung im Dezember 1989 ihren Kabinettsentwurf zur Neufassung des Ausländergesetzes, der öffentlichkeit vor. Überraschend deshalb, weil die bisherigen Beratungen auf erhebliche Differenzen innerhalb der Koalition schließen ließen. Die Entwicklungen in den Ländern Osteuropas und insbesondere der DDR, der damit einhergehenden Überlagerung des gesamten politischen Themen- und Meinungsspektrums in der Bundesrepublik durch einen Deutsch-nationalen Freudentaumel dessen antisemitische Fratze sich wieder offen, vorallem im Flaggschiff des Liberalen Bürgertums dem Spiegel zeigte, wischte das Thema Ausländergesetz, auch als Wahlkampfthema vom Tisch. Die Koalitionäre zogen ihre Einwände zurück und die Opposition, vorallem der Sozialdemokratie, hielt Maulaffenfeil. Das Kalkül der Bundesregierung, daß die gesellschaftliche Opposition aus Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Organisationen der Immigranten und Flüchtlinge und Basisinitiativen, sich ruhig verhalten würden, weil die Angst, durch die mögliche gesellschaftliche Polarisierung, den Rechtsradikalen Vorschub zu leisten, scheint bis jetzt aufgegangen zu sein. Der zeitliche Rahmen in dem ein Widerstand überhaupt noch zu organisieren ist berechtigt auch nicht zu besonders viel Hoffnung, daß sich dieses ändern könnte. Die Bundesregierung beabsichtigt den Entwurf bis zur parlamentarischen Sommerpause, Anfang Juli, durch Bundestag und Bundesrat verabschieden zu lassen. Im Grunde genommen wäre ihnen eine Verabschiedung Ende April, Anfang Mai am liebsten, da eine mögliche Verschiebung der Bundesratsmehrheit zugunsten der Sozialdemokraten zu möglichen Komplikationen führen könnte, obwohl die SPD in Hamburg bereits signalisiert hat, sich der Stimme enthalten zu wollen. Um diesem Dilemma zu entgehen wäre auch der Sozialdemokratie dieser Entscheidungstermin am symphatischsten.

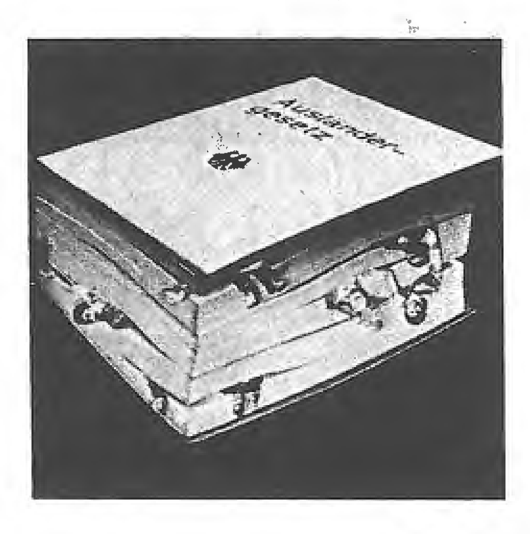
So fangen gegenwärtig an vielen Orten, und auch hier in Hamburg, quasi unter Ausschluß der öffentlichkeit Immigranten, Flüchtlinge aber auch eine ganze Reihe deutscher Menschen und Initiativen damit an, den Widerstand zu organisieren. Dabei spielt nicht das Kritierium des möglichen Erfolges die Rolle. Die Ausweglosigkeit und existenzielle Bedrohung sind hier die entscheidenden Triebkräfte.

Immigranten, ob sie nun aus einem Land der EG oder nicht kommen, werden zu Objekten der Verwertungsinteressen des bundesdeutschen Kapitals gemacht. Um dieses Verwertungsinteresse abzusichern und die Innere Sicherheit und Ordnung zu garantieren werden in umfangreichem Maß Deutsche zu Spitzeltätigkeiten und zu aktivem Denunziantentum herangezogen werden.

Flüchtlinge soll es nach dem Willen der Bundesregierung in Zukunft, wenn möglich, auf dem Boden der BRD nicht mehr geben. Und für die, die es dennoch geschafft haben hierher zu kommen werden, wie auch für Immigranten, die wesentlichen Grundrechte außer Kraft gesetzt. Im folgenden werde ich entlang einer Reihe von Punkten darzustellen versuchen, was der Gesetzentwurf in seinen Grundzügen beinhalten soll. Dies kann, angesichts der Kürze der Zeit und der Beschränktheit des Platzes, nur Stichpunktartig geschehen. Am Ende des Artikels werden deshalb die nächsten Termine, auf denen zum neuen Ausländergesetz informiert werden wird, aufgeführt werden, wie diejenigen, auf denen der Widerstand versucht wird zu organisieren.

Kompetenzverlagerungen und Auskunftspflicht

Bislang waren für die Ausführung der Bestimmungen des Ausländergesetzes die Innenbehörden der Länder zuständig. In Hamburg der Innensenat und das Biberhaus. Die Folge waren durchaus unterschiedliche sogenannte "Ausländererlasse" z.B. beim Ehegatten- oder Kindernachzug. Gleichzeitig waren auch die Innenbehörden Entscheider über Abschiebungen, was ihnen sehr oft erhebliche Proteste einhandelte. Diese Kompetenzen werden den Ländern vollständig entzogen. Sie werden nur noch Erfüllungsgehilfen des Bundesinnenministers sein. Um den Schein des Föderalismusses zu waren sind dem Bundesrat/Bundestag bei der Abfassung von Rechtsverordnungen des Innenministeriums, Mitwirkungsrechte zugebilligt worden. Dabei ist jedoch völlig klar, daß die Regierungsfraktion wohl kaum ihrem eigenen Innenminister eine Niederlage bereiten wird. Damit ergeben sich für den Bundesinnenminister quasi diktatorische Möglichkeiten die einem Ermächtigungsgesetz gleichkommen. Hat er doch die Möglichkeit, zu allen Bereichen, die nicht im Gesetzentwurf abschließend geregelt sind, eigene Verordnungen zu erlassen und damit von der öffentlichkeit unbemerkt, generelle Änderungen zu allen, auch positiv formulierten Rechten, vornehmen zu können. Dieser diktatorische Handlungrahmen findet nun nicht etwa nur Anwendung auf Menschen die von außerhalb der EG in die BRD gekommen sind, sie findet auf alle Nichtdeutschen Anwendung. Dies umsomehr auf den Vorrang internationaler Regelungen und Vereinbarungen verzichtet wurde, wie z.B. dem Europäischen Fürsorgeabkommen, bilaterale Sozialabkommen, die in der Vergangenheit einen gewissen Ausweisungsschutz bei Sozialhilfebezug gewährleisteten.



Gleichzeitig soll über die hier lebenden Immigranten- und Flüchtlinge ein gigantischer Kontrollapparat errichtet werden. Dabei wird über das bislang nicht näher definierte Kriterium der "öffentlichen Stelle" der engere Rahmen direkter Sicherheits- und Ordnungsorgane, wie Polizei und Ausländerbehörden, gesprengt. Sämtliche Ämter die in irgendeiner weiße Kontakt mit Ausländern haben werden ebenso zu Auskunft verpflichtet wie Häuser der Jugend, Kindergärten, Wohnungsämter, Wohnungsbaugesellschaften, Finanzämter, Arbeitsämter etc.. Gemeldet werden muß der illegale Aufenthalt, Verstoß gegen räumliche Beschränkungen des Aufenthaltes und sonstige Ausweisungsgründe. (dies sind z.B. Rauschmittelgebauch, Verstoß gegen Auflagen, Obdachlosigkeit, Erwerbsunzucht, Sozialhilfebedürftigkeit, Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, Hilfe zur Erziehung etc.

Der gesamte Apparat der Sozialverwaltung, von Schulen, freien Trägern werden zur Kontrolle und Bespitzelung von Immigranten und Flüchtlingen verpflichtet.

Die so gesammelten Informationen finden Eingang ins Ausländerzentralregister. Da in der Bundesrepublik lebende Ausländer, nach dem neuen Ausländergesetz von wesentlichen Grundrechten ausgeschlossen sind, trifft dies auch auf die Speicherung und Weitergabe personenbezogener Daten zu. Nach dem Entwurf wird das Ausländerzentralregister zentraler Bestandteil für das SIS (Schengen Informationssystem) werde, wo im Rahmen eines Modellprojektes eine Europaweite personenbezogene Datenbank installiert werden soll. Die europäische personenbezogene Sozialversicherungsdatenbank läßt Grüßen.

Aufenthalt und Abschiebung

I. Der Aufenthalt wird generell den deutschen Interessen und damit daraus abgeleiteten Zweckbestimmungen unterworfen. Dazu ist eine größer Ausdifferenzierung der aufenthaltsrechtlichen Statuse vorgenommen worden.

- Die Aufenthaltsbewilligung ist für bestimmte Zwecke, wie z.B. Studium, Ausbildung, längere Besuche usw. gedacht. - Die Aufenthaltsbefugnis wird aus humanitären Gründen erteilt. Also an Flüchtlinge und an diejenigen, die keine Aufenthaltserlaubnis bekommen sollen. Die Aufenthaltsbefugnis stellt eine Art Härtefallregelung dar, deren Status Extrem unsicher ist. Erst nach 8 Jahren kann unter sehr eingeschränkten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis als Ausnahmefall erteilt werden.

Nur die Aufenthaltserlaubnis eröffnet prinzipiell den Weg eines längerfristig gesicherten Aufenthaltes. Alle anderen aufenthaltsrechtlichen Regelungen werden nur für bestimmte Zwecke erteilt und und werden nach deren Erfüllung beendet.

Bei Familienangehörigen von Aufenthaltserlaubnisinhabern gelten gewisse Rechtsansprüche, die sich allerdings durch Extrem weitgefaßte Ausweisungstatbestände in Luft auflösen.

Generell kann jedoch die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung versagt werden, wenn "aus einem sonstigen Grund Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet" sind (§ 7 Abs.2, Ziff.3). Auf welche konkreten Entwicklungssituationen diese "sonstigen Gründe" zutreffen bleibt wohl der Absprache von Bundesinnenminister und Arbeitgeberverbänden überlassen.

II. Betroffen von einem Inkrafttretendieses Gesetzentwurfes werden vorallem diejenigen Menschen sein, die nicht über eine Aufenthaltserlaubnis bzw. einem anerkannten Flüchtlingsstatus verfügen. Diese Menschen müssen sich generell immer wiederkehrenden Überprüfungen ihres Aufenthaltsstatuses unterziehen, wobei immer die Ausgangskriterien für eine Verlängerung gelten. Dabei kann der Bezug von Sozialhilfe, zu geringer Wohnraum z.B. zur Nichtverlängerung des Aufenthaltsstatuses führen. Diejenigen deren Arbeitserlaubnis abläuft oder zur Zeit keine haben, kann generell die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit verboten werden. Verfestigungsregelungen die sich in der Vergangenheit auf die Länge des Aufenthaltes in der BRD bezogen verlieren ihre Gültigkeit. Nur noch der wiederholte Besitz der Aufenthaltsgenehmigung ist für die Verfestigung ausschlaggebend. Ein durchgehender Aufenthalt, der sich aus unterschiedlichen Aufenthaltstiteln zusammensetzt, führt nicht zur Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis bzw. Berechtigung. Generell kann gesagt werden, daß Menschen die nicht jetzt schon über eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung oder besser Aufenthaltsberechtigung erheblichen existenziellen Gefährdungen durch einfache Nicht-Erteilung ausgesetzt sind.

Neues Schanzenleben

III. Die gesamte Debatte über den Kindernachzug mit 16 bzw. mit 18 Jahren wird für die Zukunft gegenstandslos. Zukünftig sind alle Personen ab dem 6. Lebensmonat Aufenthaltsgenehmigungspflichtig. Wie bereits in den Zeilen vorher dargelegt, wird die Aufenthaltsgenehmigung an bestimmte Bedingungen geknüpft oder einfach nur an "Interessen der BRD". Da die Aufenthaltsgenehmigung an ausreichenden Wohnraum geknüpft ist, besteht die Möglichkeit einem Baby den Aufenthalt zu versagen, da die Erziehungs- und Aufsichtspflicht natürlich bei den Eltern liegt, können diese veranlaßt werden, ihr Kind bei der Abschiebung zu begleiten. Also ein einfacher Modus für Überfremdungspolitiker. Dies ist zusätzlich dadurch gesichert, daß



Kinder und Jugendliche unter 16 Jahre Abgeschoben werden können. Gleichzeitig sind Jugendlich verpflichtet bis 16 Jahre bei ihren Eltern zu leben, da sie erst ab 16 selbstverantwortlich Status sein können. Eine Veränderung des Aufenthaltstatuses z.B. durch den Einzug in eine Jugendwohngemeinschaft kann zum sofortigen Verlußt der Aufenthaltsgenehmigung führen.

IV. Alle Aufenthaltsgenehmigungen, insbesondere die Verfestigungsmöglichkeiten, sind abhängig von dem Nachweis ausreichenden Wohnraums.
Durch die Aufenthaltsgenehmigungspflicht für Babys, wird der Bedarf an Wohnraum bei wachsender Familie immer größer, damit der Aufenthalt immer unserer. Bei der sich immer mehr verschärfenden Wohnungsnot, wird hier ein ausgesprochen Zynisches Regelungsinstrument für den Wohnungsmarkt geschaffen.

Hier ist zu erwähnen, daß nachgezogene Kinder und Ehepartner die Aufenthaltserlaubnis lediglich zur Herstellung und Wahrung der häuslichen Gemeinschaft erteilt bzw. verlängert bekommen. Damit werden von den Ausländerbehörden wieder ganze Kohorten von Spitzeln eingesetzt werden, die unter den Betten der Menschen überprüfen sollen ob sie den "in häuslicher Gemeinschaft" leben. Diese Regelung gilt selbstverständlich für ausländisch-deutsch und andere bi-nationale Ehen und Familien.

V. Ehegatten dürfen sich erst nach 4 Jahren ohne Aufenthaltsgefährdung trennen. Unter Umständen können sie dann einen unabhängigen Aufenthaltsstatus erwerben. Die dann selbständig lebenden Menschen (in der Regel Frauen) müssen sich dann allerdings spätestens nach einem Jahr den üblichen Bedingungen für die Verlängerung des Aufenthaltes unterziehen. Ein weiterer Ehegattennachzug zu einem bereits geschiedenen AusländerIn ist dann für alle Zukunft ausgeschlossen.

VI. Die Gründe von Ausweisungen von AusländerInnen sind generell neu formuliert. Sie unterscheiden sich in die sogenannte "Kann-, Regel- und Ist-Ausweisung". Die Gründe sind zwar im einzelnen aber ausgesprochen vage formuliert. Das Vorliegen eines Ausweisungsgrundes führt ohne Verfahren zu Nichterteilung einer Aufenthaltsgenehmigung. "Kann-Ausweisungen" können vorgenommen werden, wegen "Gefährdung der freiheitlichen Grundordnung der BRD, die Androhung von Gewaltanwendung bei der Verfolgung politischer Ziele, dem Verbrauch von Heroin, Kokain oder "vergleichbar gefährlichen Betäubungsmitteln", Gewerbsmäßige Unzucht, Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, langfristige Obdachlosigkeit, Sozialhilfebezug, Inanspruchnahme von Hilfe zur Erziehung oder Hilfe für Volljährige.
Der Sozialstaat gilt für Immigranten und Flüchtlinge nicht mehr. Genausowenig wie für ihn das Recht auf politische Betätigung gilt.





Dies sind nur einige Punkte des neuen Ausländergesetzentwurfes und viele viele Verschlechterungen sind hier nicht erwähnt. In den folgenden Nummern des Schanzenlebens werde ich versuchen noch einmal näher auf dieses Gesetz einzugehen. Aber es stehen noch eine Reihe weiterer Verschärfungen an. Da sind z.B. die Neufassung des Gesetzes zum Ausländerzentralregister oder die Vorstöße in Richtung eines Flüchtlingsgesetzes. Diese müssen näher behandelt werden.
Wer sich näher Informieren will kann jeden Montag um 19 Uhr ins Haus für Alle kommen und dort auf einem offenen Plenum mithelfen, den Kampf gegen das Gesetz zu organisieren.

BROSCHÜRE

Vor knapp zwei Wochen ist eine Broschüre erschienen, in der einige wichtige Texte zur Sanierung und Umstrukturierung in Hamburg veröffentlicht sind. Darunter das (ehem.) vertrauliche Papier der Baubehörde zur Entwicklung in der sog. Westlichen Inneren Stadt und eine kurze Auswertung des Olympia-Gutachtens, denn auch wenn in Hamburg keine Olympischen Spiele im Jahre 2000 oder 2004 stattfinden, werden gerade da Teile der Stadtentwicklung Hamburgs vorgedacht.
Wir finden diese Broschüre wichtig und drucken deshalb das Vorwort ab und hoffen, sie wird von vielen gelesen werden.

Zum Geleit

Im November 1989 fand in der Flora eine Veranstaltung statt, auf der das Olympia-Gutachten und das "WIS--Papier" vorgestellt wurden.
Das Olympia-Gutachten ist eine vom Hamburger Senat für ca. 600.000 DM in Auftrag gegebene Studie, die sich mit der möglichen Durchführung der Olympischen Spiele 2004 in Hamburg befaßt. Sie stammt von Stadtplanern, Landschaftsplanern, Unternehmensplanern, Wirtschaftsstrukturplanern sowie Architekten und Sportfachleuten und wurde im Nov. 1988 vorgelegt.

Das WIS-Papier (komplett in Anlage 1) ist ein als "vertraulich" eingestufter Aufsatz der Baubehörde vom Mai 1989, der sich mit den neuen Sanierungsstrategien in der sogenannten Westlichen Inneren Stadt, kurz WIS befasst. Die WIS umfaßt nicht etwa die Innenstadt, sondern das Karolinenviertel, St. Pauli (incl. Schanzenviertel) sowie Teile von Altona--Altstadt und Ottensen (siehe Anlage 10). Das WIS-Papier ist bisher nie veröffentlicht worden und nur in Teilen in (öffentliche) Senatsmitteilungen, z.B. zur Gründung der Stadterneuerungsgesellschaft (STEG) eingegangen.

Was sind nun die Gründe, warum wir versuchen die beiden Texte zusammenzufassen und eine Einschätzung dazu zu finden?
Der Hauptgrund besteht wohl darin, daß wir (einige BewohnerInnen St.Paulis) es wichtig finden, die Hintergründe und die Strategien von Sanierung und Stadtentwicklung in Hamburg einmal genauer aufzuzeigen und zu beleuchten und somit eine breite, öffentliche Diskussion über dieses Thema zu ermöglichen und anzuzetteln. Schon jetzt sind die Stadtteile, in denen wir leben, ständigen Veränderungengen unterzogen, die für die BewohnerInnen von Nachteil sind. Sichtbar werden die Veränderungen unserer Stadtteile aber nur an einzelnen Projekten: sei es an größeren wie Wasserturm, Laue, Mehrzweckhalle, Phantomoper, Hertie-Quarre oder einfach nur, wenn ein Haus verkauft und/oder modernisiert wird, wenn in einem Laden die Miete steigt, wenn eine Wohnung teurer wird, usw.
Doch nie läßt sich an einem Projekt ableiten, welche Folgen das für das gesamte Viertel hat, ob nun gerade wegen dieses Projekts die Mieten

steigen, ganz viele Läden teurer werden und hunderte von Menschen durch Preissteigerungen vertrieben werden und sich anderswo etwas billigeres suchen müssen. Wird dann Widerstand gegen einzelne Projekte geleistet, fallen oft Bemerkungen wie: "Ihr seid ja gegen Veränderungen, das ist doch konservativ." - "Ein Stadtteil verändert sich eben, das kann man sowieso nicht aufhalten." - "So schlimme Auswirkungen sind doch bei diesem Projekt gar nicht zu erwarten."...

Festzustellen ist, daß die Veränderung und Umwandlung unserer Stadtteile nicht zufällig ist. Für sehr viele zunächst unscheinbare und kleine Veränderungen gilt, daß sie Auswirkungen einer übergeordneten Stadtentwicklungsstrategie sind.

Wir werden in dieser Broschüre darstellen, daß die neuformulierten Ziele der Stadterneuerung in den 90er Jahren (WIS-Papier) den Vertreibungseffekt von Sanierung keineswegs verhindern. Im Gegenteil: Modernisierung, Attraktivitätssteigerung und damit Verteuerung der Lebenskosten - alles Ursachen für die Vertreibung ärmerer Menschen - werden von der Stadt gewollt und gefördert. Das geht aus den Papieren hervor.

Das Olympia-Gutachten ist paradoxerweiser so interessant, weil die wesentlichen Aussagen völlig unabhängig von Olympischen Spielen in Hamburg sind, in diesem Gutachten (ca. 470 Seiten) werden die wirtschaftlichen Entwicklungserwartungen der westlichen Industrienationen für die nächsten Jahrzehnte aufgezeigt. Aus diesen (weltweiten) wirtschaftlichen Entwicklungen leiten nun die Gutachter entscheidende Konsequenzen für die Stadtentwicklung Hamburgs ab. Das Gutachten legt also die Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung Hamburgs in den nächsten Jahrzehnten fest.

Wegen des großen Umfangs des Gutachtens können wir natürlich nur eine grobe Zusammenfassung liefern. Darüberhinaus wollen wir keine Kritik daran geben, wie die Gutachter die wirtschaftlichen Entwicklungen einstufen, nach welchen Gesetzmäßigkeiten sie ablaufen (z.B. setzen die Gutachter voraus, daß auf die Krise der Weltwirtschaft in den letzten Jahren automatisch wieder ein Aufschwung mit starkem Wachstum in der westlichen Welt folgen wird). Für uns war es lediglich wichtig, die Aspekte aufzuzeigen, die aus den wirtschaftlichen Entwicklungen für Hamburg abgeleitet werden, das heißt, was der Senat tun muß, um Hamburg zu einer Metropole der nächsten Jahrzenhte zu machen.

Die Umsetzung der im Olympia-Gutachten für wichtig befundenen Maßnahmen liefert das WIS-Papier. Hier wird aufgezeigt, wie die Stadt gedenkt, die Rahmenforderungen des Gutachtens umzusetzen. Ausgangspunkt des WIS-Papiers ist, die "hervorragenden Standortqualitäten" der WIS hervorzuheben. Diese Attraktivität für "Unternehmen der Zukunft" und deren MitarbeiterInnen wird zu "baulichen und sozialen Problemen" führen, und denen gelte es "entgegenzuwirken". Zentraler Punkt dabei: Die Gründung der Stadterneuerungsgesellschaft (STEG).



Fazit

Die Zeiten von knallharter Abrißsanierung, von Projekten, die mit dem Holzhammer auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden, ohne sich auch nur ein bißchen um die Betroffenen zu kümmern, scheinen endgültig vorbei zu sein. Doch auch weiterhin sollen die Rahmenbedingungen und wesentlichen Entscheidungen über die Veränderungen der Stadt und der einzelnen Viertel von oben von der Baubehörde, ohne maßgeblichen Einfluß der Betroffenen gefällt werden. Nur die Umsetzung der Entscheidungen soll vorsichtiger, unter dem Eindruck wirklicher Beteiligung erfolgen.

Das bedeutet, daß es für die Zukunft immer wichtiger wird, einzelne Projekte im Gesamtzusammenhang der städtischen Sanierung zu sehen. Das heißt nicht, daß es keinen Widerstand mehr gegen einzelne Projekte geben sollte, aber die Gefahr, sich vor lauter Einzelprojekten zu verrennen, aufzureiben und jedes Mal wieder von vorn anfangen zu müssen, wird wahrscheinlich zunehmen. Nur gemeinsam haben wir eine Chance, die ganz erheblichen Veränderungen, die ganz und gar nicht im Sinne der jetzt hier lebenden Menschen sind, aufzuhalten.

Die Menschen, die in den Stadtteilen wohnen, müssen selbst bestimmen können, in welche Richtung sich ihre Viertel verändern sollen!



Die Broschüre ist im Schwarzmarkt und im Cafe Döse erhältlich

Die folgende Presse-Erklärung veröffentlichten wir (Wasserturm-Initiative), nachdem uns bekannt wurde, daß die Ausstellung der Wasserturm Konzepte im Haus für Alle übersprüht worden ist. Die Presse interessierte sich in der Regel nur für einen Satz dieser Erklärung ("Wir bedauern... "), ohne ihn im Zusammenhang mit der restlichen Erklärung zu sehen. Auch die taz lehnte den Abdruck unserer Erklärung ab, es sei schließlich schon alles, was in der Erklärung steht, geschrieben worden. Und außerdem würde die Erklärung auch rein platzmäßig nicht unterzubringen sein...

Wasserturm

Presseerklärung

16.1.1990

Heute wurde uns bekannt, daß die Ausstellung mit den 15 vorliegenden Nutzungskonzepten zum Wrasserturm Sternschanze im Haus für Alle zerstört worden ist. Der für heute anberaumte Koordinierungsausschuß, bei dem die Konzepte vorgestellt werden sollten, ist daraufhin abgesetzt worden.

Wir, die Wasserturmlnitiative, beschäftigen uns seit fast zwei Jahren mit dem Turm und haben auch die Tätigkeit des Koordinierungsausschusses verfolgt. Der Ausschuß hatte unserer Meinung nach bislang die einzige Funktion, die Bevölkerung der umliegenden Stadtteile ruhigzustellen. Von einer "Beteiligung" der BewohnerInnen an der Entscheidung, was mit dem Turm und dem Park geschehen soll, konnte und kann bisher keine Rede sein. Von den Ausschußvorsitzenden wurde mehrfach sehr deutlich gesagt, daß die Bevölkerung auf dem Ausschuß zwar ihren Unmut äußern könne, Konsequenzen entstünden daraus aber nicht. So sollte auch die Ausstellung der Konzepte eine Bevölkerungsbeteiligung suggerieren, während die Entscheidung gleichzeitig hinter verschlossenen Türen gefällt wird.

Entscheidende Auflage der bundesweiten Ausschreibung, welche die 15 Konzepte hervorgebracht hat, war die Wirtschaftlichkeit der Konzepte; Jede Nutzung sollte sich selbst finanziell tragen können. Somit sind auch die aussichtsreichsten Vorschläge kommerzielle, profitorientierte Konzepte. Die schwammige "Auflage", daß für den Turm eine "Öffentliche Nutzung im weitesten Sinne" bestehen muß, wurde durch die vorliegenden Konzepte ad absurdum geführt.

Mir lehnen deshalb alle bislang vorliegenden Konzepte ab!

Jedes der eingereichten Konzepte hat ganz massive Auswirkungen auf den Park und die umliegenden Stadtteile. Statt den Park als Ruhezone und die Stadtteile als Wohn- und Lebensraum für die dort wohnende Bevölkerung zu erhalten, sollen unsere Viertel aufgewertet und attraktiv gemacht werden für neue Bevölkerungsschichten. Teurere Läden, noch mehr steigende Mieten und die allmähliche Verdrängung der einkommensschwächeren Bevölkerung sind die Folge. Besonders deutlich wird diese Strategie mit dem Bau der Phantom-Oper am Holstenbahnhof und mit der geplanten Mehrzweckhalle für I5.000 Menschen direkt neben Schanzenpark und Wasserturm.

Wir bedauern die Zerstörung der Ausstellung nicht!

Unsere Forderung: Instandsetzung des Wasserturms! Entscheidung der Bevölkerung über sein weiteres 5chicksal! Keine Umstrukturierung!

Die Wasserturm-Initiative

Die Zeit ist nicht aufzuhalten

...verhert den Mu... terzuentwickeln, Bau... sanieren, Nutzloses zu ... Wieder tritt Hamburg auf d... Stelle.

Und die Leute von der Wasserturm-Initiative haben die Mitarbeit im Koordinierungsausschuß eingestellt. Ist das demokratisch? Sie verhalten sich unbeweglich, ja konservativ und sind doch jung und sollten an die Zukunft denken. Aus Altem wird Neues, niemand kann gegen den Strom schwimmen.

UTE DÖSER

aus: Hamburger Abendblatt v. 3.2.90 (Wochenend-Journal)

In der jetzigen Situation ist es besonders wichtig, einen kontinuierlichen Gegendruck zu schaffen, um zu verhindern, daß über den Wasserturm hinter verschlossenen Türen entschieden wird. Dabei sind uns drei Schwerpunkte wichtig:

1. Es ging nie nur um den Wasserturm

Eine Entscheidung über die Zukunft des Turms kann nicht isoliert gesehen werden, nicht unabhängig von den Entwicklungen in den umliegenden Stadtteilen. Hamburg ist kräftig dabei, seine innerstädtischen Viertel aufzumotzen, um rechtzeitig auf den Zug in Richtung "konkurrenzfähige Metropole der Zukunft" mit aufzuspringen. Das heißt, die Stadt soll für finanzkräftige Unternehmen (und deren Angestellte) attraktiv gemacht werden. Die Umstrukturierungspolitik führt zu steigenden Mieten, Verteuerung der Lebenshaltungskosten allgemein und letztendlich zur Vertreibung vieler der jetzigen Bewohnerinnen.

2. Sofortige Auflösung des Koordinierungsausschussses

Die "Arbeit" des KA mit seiner Alibi-Funktion, eine öffentliche Beteiligung vorzugaukeln, muß endlich eingestellt werden:

- Der Ausschuß hat in seiner über einjährigen "Arbeit" nichts Neues gebracht. Die einzigen aussichtsreichen Konzepte, die jetzt am Ende der Ausschuß"arbeit" stehen, gab es schon vor Einrichtung des Ausschusses (Vogel: Grafik-Ausstellung und Milz: Creative Tower).

- Die Ausschußvorsitzenden sind an wirklich neuen Ergebnissen auch gar nicht interessiert: Böttcher (CDU) hat noch vor der Einrichtung des Ausschusses gesagt, daß er den Ausschuß für überflüssig hält. Später verriet er, daß es nicht unbedingt Folgen hätte, wenn die Bevölkerung beim Ausschuß Kritik äußert.
Jahnke (SPD) hat sich mit seiner Fraktion schon lange auf das Vogel-Konzept festgelegt und tut alles, um das durchzusetzen. Schon letzten Sommer wollte die SPD Vogel den Turm anhand geben.
Aus diesen Gründen war und ist der Ausschuß nie ein Diskussionsforum der Bevölkerung gewesen, sondern schlecht inszeniertes Narren-Theater!
Wir fordern deshalb: Auflösung des KA in dieser Form spätestens zum Ascherrittwoch (28. Februar)! Laßt die Masken fallen!



3. Sofortige Instandsetzung des Turms

In der nächsten Zeit muß unser Alternativ-Konzept, den Turm instandzusetzen und der Bevölkerung zugänglich zu machen, genauer ausgestaltet werden. Die Forderung nach Instandsetzung, ohne sich auf eine bestimmte Nutzung festzulegen, ist gar nicht so wirklichkeitsfern: In Berlin z.B. werden bestimmte Bauwerke erst einmal dauerhaft instand gesetzt, um dann in Ruhe eine spätere Nutzung überlegen zu können.

Der Druck von unten darf nicht nachlassen! Laßt Euch was einfallen.

Die Wasserturm-Ini



LeserInnenbrief

Wir sind sauer. Vor einundhalb Jahren wurde unser Haus (Schulterblatt Ecke Susannenstr.) verkauft. Ein Augenarzt aus Kiel hatte zuviel Geld. Um Steuern zu sparen und damit gleichzeitig seinen Besitz zu vergrößern kauft er das Haus. Er beauftragt eine Grundstücksgesellschaft mit der Verwaltung (Gesine Engel). Er ist schließlich Arzt und kein Hausverwalter. Und wofür macht Gesine Engel für den Arzt den ersten Finger krumm? Richtig - sie verschickt erst einmal Mieterhöhungen, denn Geld stinkt dem Arzt nicht, seine Kollegen machen es ja schließlich genauso (war da nicht mal was mit Hippokrates oder so von wegen zum Wohle der Menschen ?). Na, jedenfalls das Haus ist in dem gleichen schlechten Zustand wie vorher, aber wo Geld rauszupressen ist (Wohnungsnot), wird gepresst, legal oder illegal, berechtigt oder unberechtigt.
Jetzt will er modernisieren. Für uns, sagt er. Gefragt hat er uns vorher nicht. Es ist ja sein Haus. Er hat uns sozusagen mit gekauft. Für diese "Modernisierung" hat er auch gleich eine Rechnung Parat:

80% mehr Miete !!!
Friß oder stirb - zahl oder verschwinde !
Wir, die in diesem Haus wohnen, wollen eigentlich nur eines: mit unserer Miete soll das Haus instandgehalten werden. Wir wollen weder den Immobilienbesitz dieses Arztes vermehren noch seine neue Luxuslimousine finanzieren. Wir wollen Fenster, die dicht schließen und kein Blei im Trinkwasser. Außerdem: Modernisiert haben wir vielfach schon selbst und zwar auf eigene Kosten. Sollen wir uns jetzt freiwillig unsere Bäder, Heizungen und Balkone wieder rausreissen lassen? Nein danke.
Deshalb haben wir uns zusammengesetzt, aber leider waren nicht alle Mietparteien dabei. Zu unterschiedlich sind die Lebensauffassungen. Aber wenigstens haben wir es bis jetzt geschafft, daß sie uns nicht alle übern Tresen zieht.
Das ihnen nichts lieber wäre, als uns alle so schnell wie möglich rauszuschmeissen, sehen wir an der Wohnung im 2. Stock, die ca. 5 Monate leerstand und jetzt modernisiert wird. Ca. 1450 DM bruttokalt soll sie kosten für 92 qm. Das ist mehr als das Doppelte von der vorigen Miete. Das nennen wir knallharte Umstrukturierung zu Gunsten einiger Bonzen.

Einige Mieter aus dem Haus

P.S.: Gesine Engel
Wasmannstr. 29/31
2000 Hamburg 60
Tel.: 690 53 46/47

Dr. med. Utthoff
Tel.: 0431/620 51

Das „LIZ“

's wird bald 4, das Kind. Und doch: wir wollten es eigentlich nie ganz allein am Hals haben. Aber letztendlich bleibt die Sorgepflicht doch immer wieder an den Eltern hängen - ein altes Problem. Wir haben ja schließlich das Kleine gewollt! Und haben es ernährt mit unserm Fraß. Haben oft genug den Daumen drauf gehabt. Haben Sachen damit gemacht, die bei anderen auf Unverständnis stießen. Weil andere alles ganz anders machen.

"Es" heißt Libertäres Zentrum (LiZ), liegt im Keller der Lagerstraße 27, wurde von Leuten aus der "Freien ArbeiterInnen-Union" (FAU) angemietet und über die ganze Zeit mehr oder weniger aus der FAU heraus getragen. Die Miete wird allerdings nicht über irgendeine Mitgliedschaft aufgebracht, sondern alle, die wollen und können, zahlen, was sie wollen und können. Nicht anders sieht's mit der anfallenden Arbeit aus. Sicherlich wird auch weiterhin die FAU der Garant für die Existenz dieses Zentrums bleiben, einfach weil sie es braucht. Es ist eben keineswegs unerheblich für eine kontinuierliche, politische Arbeit, feste Räumlichkeiten zu haben als Treffpunkt, Ausgangspunkt, Anlaufpunkt, Rückzugspunkt. Als Ort, an dem gestritten und gearbeitet, gefeiert und ausgetauscht, erzählt und gelesen wird. Als Ort, an dem jeden Donnerstag von 16.30 h bis 18.30 h geöffnet ist für alle, die von uns was wissen, was haben oder uns was bringen wollen. Früher saßen wir da oft allein und haben uns dann eben Döntjes erzählt,. Inzwischen kommen laufend neue Gesichter 'rein.

Und dann ist da der "PVC", wahlweise auch "Proletarischer Video-Club" oder "Prima Vilm-Club" genannt. "*Ganz auf Video hat sich...der "PVC"...spezialisiert. Die unorthodoxe Schreibweise folgt dem eigenen Motto "Video macht dumm", unter dem jeden Dienstag um 19 Uhr in gemütlicher Wohnzimmeratmosphäre die Wunschfilme vom "PVC" und seinen Besuchern zur anschließenden Diskussion gestellt werden...*" schreibt eine nette Frau von der Hamburger Morgenpost dazu. Das Programm ist im LiZ erhältlich und kurz im "Neuen Schanzenleben" abgedruckt.

Die Jahre sind nicht spurlos am LiZ vorbeigezogen. Eine wachsende Zahl hauptsächlich libertärer/anarchosyndikalistischer Bücher, zeitschriften und Broschüren steht dort zum Verkauf. Verschiedenes auch in türkischer Sprache. Und das Wochenblatt "telegraph" von Linken/Libertären aus der DDR. Darüber hinaus ist Allen ein umfangreiches Archiv zugänglich, bestehend aus alten und neueren libertären Publikationen aus der BRD, aber auch aus Frankreich, Spanien, Italien, Portugal, Griechenland, Türkei Dänemark, Norwegen, Finnland, GB, USA, Lateinamerika, Australien, Japan... Und deutschsprachiges zur Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsbewegungen, Repression, Antipädagogik, Feminismus, Sexualität, Wohnungsnot etc...

In Vorbereitung befindet sich eine Leihbücherei: die "Libertäre Bibliothek Hamburg" (LBH). Organisiert wird sie von einer eigenen anarchistischen Gruppe, die bis Anfang März soweit sein will. Die Selbstdarstellung dieser Gruppe findet ihr nebenstehend.

Es ist also alles in allem schon ganz schön gediehen, das Kind. und dennoch wünschen wir uns mehr; mehr Gruppen, die das LiZ zu ihrem Anlaufpunkt machen und nicht nur zur Untermiete vorübergehend darin tagen; mehr Öffnungszeiten für alle; mehr Leute, die die Kosten und die Arbeit mittragen. Und mehr Stadtteilbezogenes, mehr Öffnung zu den menschen, die hier leben.

B. Marley, für's LiZ

Libertäre
Bibliothek
Hamburg
c/o Libertäres Zentrum
Lagerstr.27
2000 Hamburg 6

Hamburg,d. 17.1.90

Liebe GenossInnen und Genossen!

Hiermit möchten wir euch die Libertäre Bibliothek Hamburg vorstellen.

Da es auch hier in Hamburg einen Mangel an Bewegung in der libertären Szene zu verzeichnen gibt,haben wir nach Wegen gesucht,neue Impulse zu geben.

Wir sind dabei auf die Idee gekommen,eine anarchistisch/libertäre Bibliothek im Libertären Zentrum einzurichten,die libertäre Literatur vom Klassiker bis zur Moderne auch Menschen mit wenig Geld zugänglich macht,da diese Bücher leider (noch?) aufgrund ihrer kleinen Auflagenzahlen ziemlich teuer und schwer zu bekommen sind.

Wir wollen libertäre/anarchistische Ideen allen interessierten Menschen leichter zugänglich machen.Über das Bücherverleihen hinaus wollen wir aktuelle Probleme aus libertärer Sicht diskutieren und unsere Ergebnisse einer möglichst breiten Öffentlichkeit vorstellen.Eine Diskussionsgruppe ist auch gerade im Entstehen begriffen.

Da wir persönlich nur über sehr geringe Mittel verfügen,sind wir auf Sach-/Buchspenden und Geld angewiesen,denn wir wollen die Bibliothek auf dem neuesten Stand halten und seltene,bzw. vergriffene Exemplare suchen,um den Bücherbestand aufzustocken.Auch verbilligte Bücher,bzw. Rabatte direkt von Verlagen oder Einzelpersonen sind natürlich gerne gesehen.

Ganz kurz zum Ausleihkonzept:

Wir verleihen die Bücher gegen einen Pfand der dem Neuwert des Buches entspricht.Nach der Rückgabe des Buches erhält der Entleiher/die Entleiherin den Pfand zurück und hinterläßt(hoffentlich!) eine Spende,die der Bibliothekskasse zufließt.Also alles in allem ein recht einfaches Prinzip,das sich hoffentlich durchsetzt.

Um uns selbst Geld zu beschaffen,ist ein Konzert in Planung,dessen Erlös auch ganz der Bibliothek zukommen soll.

Natürlich rufen wir zu einer breiten Nutzung dieses Angebotes auf und wünschen uns,daß die Libertäre Bibliothek wirklich Impulse geben kann und vielleicht beispielhaft werden könnte.

Vor Optimismus strotzend,

Libertäre
Bibliothek
Hamburg

P.S.:Wir werden hoffentlich im März '90 für alle zugänglich sein.
Bis dann!!!

Wucherpfennig

Das neue Musical-Theater



Neubau ~~FLORA-Theater und~~ Geschäftszentrum Stresemannstraße/Ecke Alsenstraße

(K)ein Phantom-Aufruf

Voraussichtlich am 29.6.90 soll an der Holstenstraße der Kurz-Kultur-Palast zwecks langjähriger Aufführung des Musicals "Phantom of the Opera" mit großem Prunk und viel Prominenz eröffnet werden.

Das mit Millionenunterstützung des Senates errichtete größte Theater Hamburgs steht für eine Politik (Hamburg das Hoch im Norden), die die Reichen noch reicher macht und gegen die Wünsche und Bedürfnisse großer Teile der Menschen gerade in Altona und St.Pauli, gerichtet ist. Weitere Beispiele für diese Politik gibt es genug, nur einige Beispiele:
- Gescheiterte Flora-Pläne am Schulterblatt
- Hafengeburtstag
- Olympiapläne
- Sanierung obengenannter Stadtteile

Auf der anderen Seite:
- 30.000 Wohnungslose in Hamburg
- Wohnprojekte wie Hafenstraße, LAMA, Pinnasberg, werden verhindert oder kaputtgeschlagen
- Einsparungen im sozialen Bereich wie Kindergärten, Gesundheitswesen
- Kultur von Menschen für Menschen wird kaum unterstützt oder versucht zu verhindern und und und

Auch wenn der praktische Widerstand gegen das Phantom-Projekt an der Holstenstraße nicht so stark und damit erfolgreich war, heißt das nicht, daß wir dazu nichts mehr tun oder sagen wollen.

Für uns ist die Premiere des Phantom-Musicals am 29.6.90 ein Symbol für vorherbkurz angerissene, vom Staaat und Kapital bejubelte Politik.

Dieser Jubelfeier - die größte öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen wird - wollen wir etwas entgegensetzen. Wie das im Einzelnen aussehen soll, wollen wir mit möglichst vielen Gruppen und Menschen, die sich davon betroffen fühlen, überlegen und vorbereiten. Dazu rufen wir auf zu einem

1. Treffen, natürlich in der

ROTEN FLORA am Schulterblatt

Termin 7. März

um 19.30 Uhr

Leute aus St.Pauli und dem Schanzenviertel und Altona

Wohnprojekt Knickweg 8 meldet sich zu Wort

Im Oktober '89 haben ca. 200 Leute das Haus in Winterhude am Knickweg 8 besetzt und wurden - wie soll es anders sein - geräumt. Ergebnis: 29 Anzeigen und das Haus wird nicht abgerissen, sondern modernisiert und teuer vermietet.

Im Anschluß an die Besetzung bildete sich das Wohnprojekt Knickweg 8, das sich um die Übernahme und Instandsetzung nach eigenen Plänen bemühte. Doch SAGA und Liegenschaftsamt lehnten unser Vorhaben, ohne mit uns zu verhandeln, ab. Weiter ging es dann mit der SPD-Nord: Jusos - als Nachwuchs der SPD - für uns; aber die schon erwachsenen Väter und Mütter der SPD-Fraktion, mit allen Wassern der Lüge und Korruption gewaschen, versprachen uns, sich für uns einzusetzen und einen Beschluß in der Bezirksversammlung herbeizuführen, um dann mit uns gemeinsam in die Verhandlungen mit SAGA und Liegenschaft gehen zu können. Doch wie wir unsere DemokratInnen kennen und wissen, was sie unter Demokratie und dem ganzen Gesülze verstehen, verhandelten sie hinter unserem Rücken und verschoben eine Entscheidung, bis die SAGA mit den Arbeiten am Haus begann.

In der Zwischenzeit gab es aber trotz allem ein paar tüchtige HausverschönerInnen, die einen Tannenbaum auf dem dach plazierten und deutlich an das Haus geschrieben haben, was aus



dem Haus werden soll "Wohngruppe rein - SAGA nein" - dabei bleibt's!!! Ein Straßenfest am 2. Dezember ging allerdings in die Hose; bis auf nur 50 Interessierte kam niemand und es passierte nix.

Mittlerweile hat sich unsere Gruppe auf einen gut funktionierenden und sympathischen Kreis zusammengeschrumpft, der weiter am Haus bleibt, auf daß die SAGA sich verpisst und die SPD uns noch kennen lernen wird. Wir treffen uns Mittwochs um 20.30 Uhr im Goldbekhaus, Moorfurthweg 9, für Interessierte, die uns kennen lernen wollen.

Erhalt A L L E R Wohnprojekte!!!

Wohngruppe rein - SAGA nein!!!

Enteignung aller Spekulanten!!!

Neues Schanzenleben

DIE HÄUSER DENEN, DIE SIE ZU SCHÄTZEN WISSEN!

Mitte Dezember gab es eine Demo gegen die Wohnungsnot in Hamburg mit ca. 5.000 Menschen. Es gab und gibt genug Gründe, den dafür Verantwortlichen (Senat, Baubehörde, Spekulanten etc.) massiv auf den Wolfspelz zu rücken.
Ende 1989 gab es in Hamburg allein 30.000 Wohnungslose, die in Wohnunterkünften, Hotels und Pensionen, auf der Straße, in Wohnheimen etc. lebten. Jedes Jahr im Winter erfrieren Wohnungslose auf der Straße, zuletzt im November zwei auch wieder in Hamburg.
Werden die zigtausend Wohnungssuchenden hinzugezählt, Menschen, die z.B.in viel zu engen oder in kaputten Wohnungen leben, wird unter Einbeziehung von Dunkelziffern die Zahl von mindestens 70.000 erreicht!
Und täglich erhöht sich diese Zahl, sei es durch Menschen, die aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt werden, oder Menschen, die aus ihren verkauften Wohnungen raus müssen.
Wie der Senat, allein oder auch in Zusammenarbeit mit Privaten, emsig um Lösungen bemüht ist, kriegen wir hier im Viertel hautnah vorgeführt.
Um es vorweg zu nehmen: Wohnungsnot ist kein gesellschaftliches Phänomen, sondern die Folge einer Politik, die hier darauf basiert, Menschen auszugrenzen und zu vertreiben und ggf. noch gegeneinander auszuspielen. Daß nebenbei für einige Leute mit dieser Not auch noch gut Geld zu verdienen ist, ist eher als Beigabe im Sinne des Systems zu verstehen.



LAMA

Diese Häuser gehören nicht der Stadt, sondern einem Privatmenschen oder besser, einem Spekulantenschwein. Trotz Anfangsschwierigkeiten klappte aber am Ende auch hier die Zusammenarbeit mit dem Senat.
1987 wurden die Häuser von Rabels für DM 140.000 gekauft. Geplant ist eine Sanierung mit öffentlichen Mitteln; es gibt Gerüchte, daß nach der Sanierung diese Wohnungen über das Sozialamt an Übersiedler vermietet werden sollen. Momentan ist nicht klar, ob Rabels die öffentlichen Gelder für die Sanierung überhaupt bekommt. Trotzdem ließ es mit Unterstützung des Senats am 19.2.1990 frühmorgens bis auf eine Wohnung, für die er keinen Räumungstitel hatte, alle Wohnungen durch Gerichtsvollzieher mit massiver Bullenbegleitung räumen.
Im Vorfeld geb es halbherzige Verkaufsverhandlungen, die aber durch die Räumung erstmal beendet wurden. Und auch hier wurde Ersatzwohnraum angeboten, und zwar in der Kampstraße ein Hinterhaus. Es war aber viel zu klein für alle BewohnerInnen der LAMA und außerdem wollten sie eh nicht aus ihren Häusern raus.



KAMPSTR 40

Eine andere Gruppe von Wohnungslosen wollte dann in das leere Haus in der Kampstraße und besetzte es kurzfristig. Doch gibt es noch andere Mittel, billigen Wohnraum zu zerstören. Zwei Tage später brannte nachts plötzlich das Dach und das Löschwasser besorgte für einen Großteil des Hauses des Rest, erstmal unbewohnbar. Offensichtlicher läßt sich eine Brandsanierung nicht mehr durchziehen!

SOMMERHUDERSTR.

<u>Dieses Haus war ein Haus der SAGA, das neben vielen anderen Häusern</u> der SAGA leerstand. Es wurde im November '89 ca. 30 wohnungslosen Punks zur Verfügung gestellt, allerdings befristet bis zum 31.1.1990. In Fachkreisen heißt so etwas "vorübergehende Unterbringung". Erreicht wurde dies aber erst durch dauernde Präsenz der Punks in Ottensen und durch ihre Versuche, ein auch seit langem leerstehendes Haus in Ottensen zu besetzen, aus dem sie aber wieder geräumt worden waren.
Nach mehreren Gerichtsverfahren wurde am Ende festgestellt, daß die ehemals Wohnungslosen wieder wohnungslos werden sollen. Sie kamen aber einer Räumung zuvor uind verabschiedeten sich vorher aus der "Villa Kunterbunt".
Hintergrund der geplanten Räumung: Die SAGA wollte das Haus und zwei Nebenhäuser instandsetzen; wenn mensch sich gerade die alten SAGA-Wohnungen anschaut, ist es schon verwunderlich, daß die SAGA den Begriff instandsetzen überhaupt kennt. Ersatzwohnraum wurde den Punks auch angeboten und zwar im Bunker in der Mistralstraße, aber auch in Bahrenfeld und Billbrook Deich; natürlich nicht für alle gemeinsam, sondern hübsch getrennt. Und wiederkommen sollten sie auch nicht: Die Häuser sollen für Übersiedler instandgesetzt werden. "Dies ist der typische Versuch, Menschen 3. gegen Menschen 2. Klasse auszuspielen. Sollen sich doch diejenigen, die hier nichts haben, mit denen, die von zuhause wenig mitgebracht haben, um die Häuser prügeln, während die Bonzen friedlich in ihren Villen sitzen." (aus einem Flugblatt der BewohnerInnen der Sommerhuderstraße)

BRANDSANIERUNG STOPPEN — WOHNRAUM ERHALTEN!

Was wurde erreicht? Innerhalb von zwei Tagen wurden mehr als 50 Menschen in die Wohnungslosigkeit getrieben, es wurde billiger Wohnraum zerstört, es wurde zumindest versucht, entstandene Lebenszusammenhänge zu zerstören. "Aus der ganzen 'westlichen Innenstadt' sollen Einwanderer, Erwerbslose, Rentner und sowieso Alle, die wenig Geld haben, vertrieben werden, um Platz zu schaffen für Leute, die in teuren, sanierten oder luxusmodernisierten Wohnungen wohnen, in teuren Läden kaufen und den Altstadtflair genießen wollen." (aus dem Flugblatt zur Besetzung der Kampstraße)



Der Widerstand gegen diese Politik beginnt sich allmählich zu entwickeln. Immer mehr Menschen begreifen, daß sie sich allein nicht wehren können; in der letzten Zeit haben sich viele MieterInnen-Initiativen im Bereich von SAGA-Wohnungen gegründet. Das Bündnis zur Demo im Dezember reichte von diesen Initiativen über Gruppen aus dem sozialen Bereich bis hin zum Häuserplenum. Ein Schritt in die richtige Richtung! Auch wenn die Räumungen in der Sommerhuderstraße und und der LAMA nicht verhindert werden konnten; es geht darum, den Widerstand zu verbreitern und auf verschiedensten Ebenen voranzutreiben.



Wer hat die Häuser gebaut ...?
Wer hat sie mit der Miete bezahlt ...?
Wer hat sie instandgehalten ...?
Die Häuser gehören denen, die darin wohnen (wollen) !

Selbstverwaltung aller Häuser durch die Bewohner/-innen!

Herbergs-Gewerbe

Daß sich immer mehr Leute an der Wohnungsnot eine goldene Nase verdienen, ist erstmal nichts Neues.
Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist Uschi Scholz, Inhaberin des Hotels "Aabenraa" in der Hein-Hoyer-Straße. Seit Jahren ist dieses ausgebucht, aber nicht aufgrund des verstärkten Touristenstroms, sondern weil sie wohnungslose Familien unterbringt und dafür vom Sozialamt das Geld abkassiert.
Im letzten Jahr wurden von ihr erst einmal alle Roma- und Cinti-Familien rausgeschmissen; diese mußten entweder bei befreundeten Familien unterkriechen oder das Angebot der Stadt annehmen, in die Turnhalle Seilerstraße "einzuziehen". Das Hotel sollte nämlich renoviert werden; allerdings kamen die Roma und Cinti danach nicht mehr in das Hotel, es wurden verstärkt Aussiedler-Familien dort untergebracht. Pro Tag pro Person ein paar Mark mehr war selbstverständlich, denn auch Hotelplätze sind rar.

Hotelmitarbeiter: „Das ist nicht unser Problem"

Jetzt sollen 100 AysybewerberInnen u.a. aus der Türkei, Iran, Irak und Afghanistan, die noch drinbleiben durften, rausgeschmissen werden. Als Begründung wird wieder Renovierung angegeben. Die Betroffenen gehen davopn aus, daß sie aber ÜbersiedlerInnen aus der DDR Platz machen sollen. Wieder einmal werden Menschen hin und her geschoben; auch finanziell kommt dabei wieder mehr heraus, zahlt doch das Sozialamt für die Unterbringung von ÜbersiedlerInnen auch wieder ein paar Mark mehr pro Tag. Wo die AsylbewerberInnen hin sollen, falls sie tatsächlich rausgeschmissen werden, weiß keiner. Sie sollten sich selbst um eine Unterkunft kümmern, aber nicht zu groß und nicht zu teuer ("eine in Größe und Preis angemessene Unterkunft"), wurde ihnen vom Sozialamt mitgeteilt.

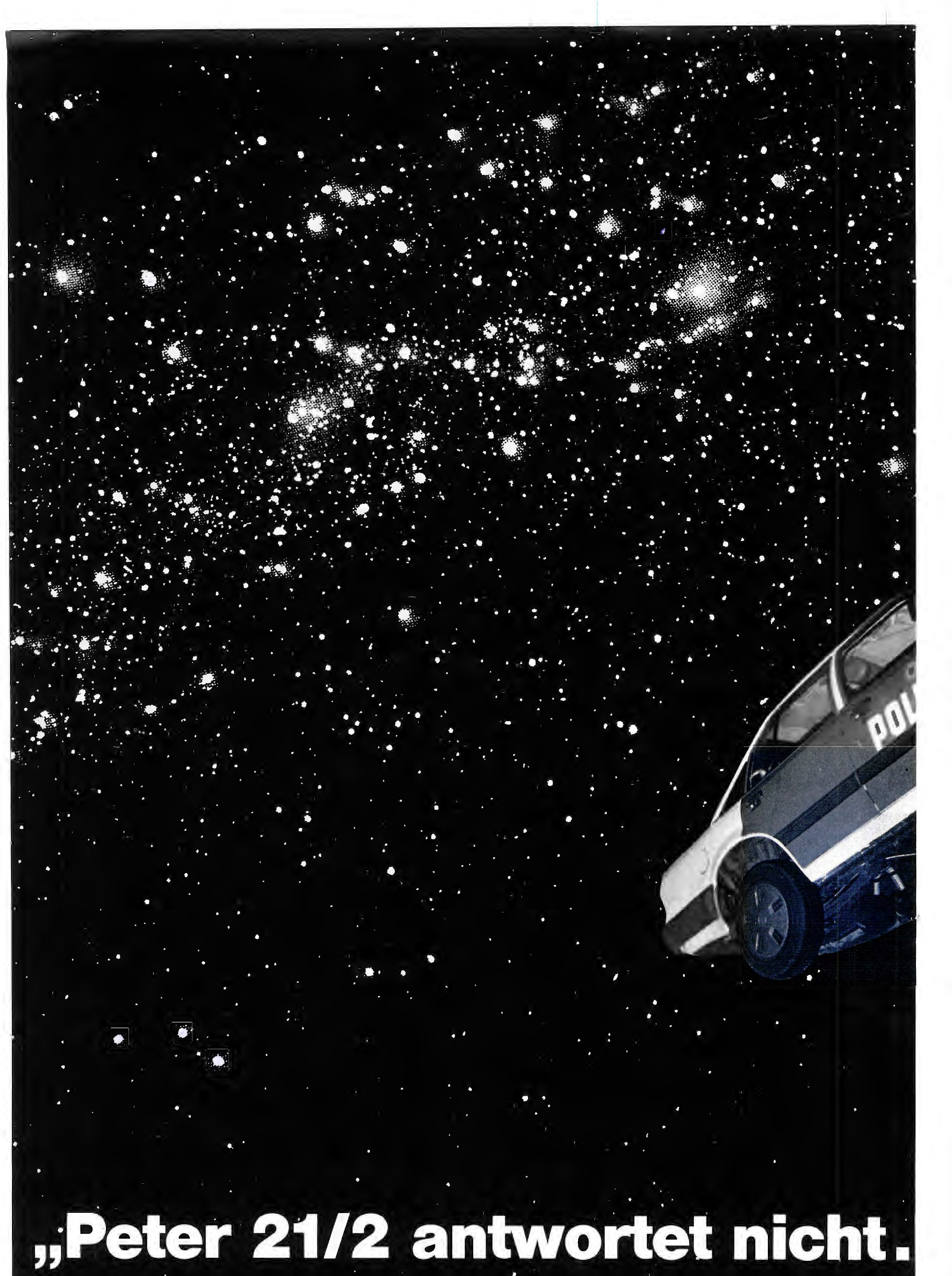
Schilleroper als Massenquartier
Sozialbehörde pachtet

Auch Wolfgang Paetzold hat begriffen, wie Geld verdient werden kann mit den Notlagen anderer Menschen. Er pachtete die Schilleroper, in der bis dahin AsylbewerberInnen unter schlicht menschenunwürdigen Verhältnissen lebten. Großzügige Umbauten wurden sofort begonnen, Duschen, Küchen sollen eingebaut werden. Daß dafür die noch dort lebenden Menschen ein paar Tage kein Wasser und keinen Kanalisationsanschluß hatten, war relativ unwichtig, weil raus müssen sie sowieso, denn es sollen 150 ÜbersiedlerInnen dort untergebracht werden, wie immer "vorübergehend". Über 1 Million D-Mark im Jahr bezahlt das Sozialamt dafür. Wo die AsylbewerberInnen, die schon ausziehen mußten, hingekommen sind, weiß allerdings keiner. Das Bezirksamt wußte angeblich nicht einmal, daß dort AsylbewerberInnen lebten.

GEWOLLTE POLITISCHE ENTWICKLUNG

Was dort im großen Stil gemacht wird, passiert im kleinen noch viel häufiger. Ob in Eimsbüttel oder in St. Pauli, Wohnungen werden gekauft oder entmietet und dann dem Sozialamt angeboten. Und das Sozialamt nimmt alles, was es kriegen kann. Zweckentfremdung von Wohnraum wird nur höchst selten festgestellt, und nichts anderes ist erstmal diese gewerbliche Zimmervermietung.
Dieser Verdrängungsprozeß läuft nun schon etwas länger; auf der Strecke bleiben auch hier wieder diejenigen, die noch weniger haben als andere und sich in diesem Fall, AsylbewerberInnen, nicht wehren können, weil sie höchstens hier geduldet sind, und da ist Wohlverhalten und Schnauze halten angesagt.




„Peter 21/2 antwortet nicht.


ZEI

Einige von uns sind mit ziemlich viel Frust ins Neue Jahr geschlidert. Dieser Frust macht es unserer Meinung nach notwendig, die Bedingungen und konkreten Ereignisse der Sylvestemacht genauer zu beleuchtten, um daraus vielleicht auch mal was lernen zu können. Grundsätzlich meinen wir natürlich, daß uns nur Auseinandersetzungen weiterbringen können und diese sollten mal geführt werden, ohne daß eine Meinungsäußerung oder Einschätzung zum Strick für Einzelne wird.
Zu den vielgepriesenen Auseinandersetzungen sollte - auch in der linken Szene - eine möglichst realistische Einschätzung der Situation, also auch eigener Stärken und Schwächen, gehören. Daraus ergibt sich, daß weniger manchmal mehr ist oder das Zugeben einer momentanen Schwäche auch als Stärke bewertet werden kann.
Wir haben im Folgenden Gedanken und Fragen aufgeschrieben, die sich uns in der Diskussion um die Sylvesternacht gestellt haben; die Antworten fielen selbst bei uns sehr unterschiedlich aus. Wir gehen davon aus, daß diese Fragen auf erhebliche Widerstände treffen werden, sehen dieser Gefahr jedoch gefaßt ins Auge - venceremos, no pasaran!

Trotz der Einschätzung, daß es sehr wahrscheinlich zu Auseinandersetzungen kommen könnte, und trotz des Wissens über die Situation im Vorfeld der Demo sind wir losgegangen.
Warum?



Die Motivation, doch eine Demo zum Knast zu machen, war doch wohl:
-nicht in kleinen Gruppen zum Knast zu gehen und möglicherweise schon auf dem Weg dorthin aufgehalten oder abgegriffen zu werden
-gemeinsam unsere Entschlossenheit durch die Demo rüberzubringen
-bei Auseinandersetzungen mit den Bullen die Entschlossenheit der Demo als bestehende Stärke gegenüberzustellen
-die Tradition bringt`s...also müssen wir auch dieses Jahr losgehen, hat sich doch gerade in den letzten zwei Jahren trotz massiven Bullenaufgebots immer ein recht gute Demo entwickelt

ALSO: Es kristallisiert sich raus, daß die Entscheidung, eine Demo zu machen, nicht immer eine politische ist, sondern auch eine, die sich auf Bock und Tradition bezieht. Positive Erfahrungen auf zukünftige Ereignisse zu übertragen kam dieses Mal nicht hin. Also feurig ins Neue Jahr, denn auch im Neuen Jahr sind WIR da, ist mit UNS zu rechnen.



Ziel ist doch eigentlich, eine Kundgebung vor dem Knast zu machen. Die Frage ist doch dann die, wie wir das erreichen? Oder gibt es möglicherweise eine ganz andere Motivation?
-Situation und Pressehetze nach Herrhausen, Aktionen vom BKA und Bullen, RAF-Hysterie in den Medien, alles das können SIE!
Darum die Demo erst recht machen, weil gerade in Situationen wie diesen, ist es nötig, Stärke zu zeigen. Unsere Sylvesterdemo lassen wir uns nicht nehmen. Da fragt mensch sich doch, was gewesen wäre, wenn die Demo doch durchgekommen wäre?
-Es gab keine Hafentage, darum war im Vorfeld klar, daß wesentlich weniger Menschen zur Demo kommen würden. Dazu kam die Pressehetze. Beides verschlechterte die Bedingungen für eine breiter moblisierte Demo. (Klar, die Bedingungen der letzten zwei Jahre waren besser.)



Welche Funktion besitzt diese Demo, was wird nach außen gebracht?

-Das äußerliche Bild der DEMO, gerade dieser DEMO, ist an Martialität kaum zu überbieten. Schwarzledern, vermummt, wenn möglich behelmt etc... Wie wirkt dieser Aufmarsch, soll er nicht gerade genauso sein, wir sind viele und entschlossen, wir sind ein Machtfaktor, an dem der Staat (oder genauer:die Bullen) nicht vorbei kommt -oder vielleicht doch?

Wir bleiben unter uns.

-Mensch will nich t die Bürger mit der Demo erreichen, sondern den Knast. Aber brauchen wir, unter allen Umständen, dann eine Demo?

-Das Flugblatt zur Demo hat zwar vorhergesagt, was dann auch eingetreten ist, war aber eher abschreckend, sodaß viele nicht mehr kommen wollten /kamen - also hat es sein Ziel, Mobilisierung, verfehlt.

-Automatismus? Warum können wir eigentlich keine Demo abblasen, wenn die Bedingungen so beschissen sind, daß es im Vorfeld schon fragwürdig erscheint, sie zu machen?

-Bei wievielen Menschen gehen wir los? Hauptsache erstmal losgehen und mal sehen, was passiert, wieweit die Bullen (genauer:ihre Führung) uns kommen lassen. Dabei haben sie diesmal wieder allein bestimmt, wo und wann die Auseinandersetzung geführt worden ist, Ort und Zeitpunkt mal wieder allein nach dem Gutdünken der Bullen. Warum auch nicht mal wieder vor der Flora, vielleicht auch um deutlich zu machen, wenn es sein muß, scheuen die Bullen die Flora nicht.

Müssen wir uns nicht nur gegen die Bullen, sondern auch voreinander schützen?

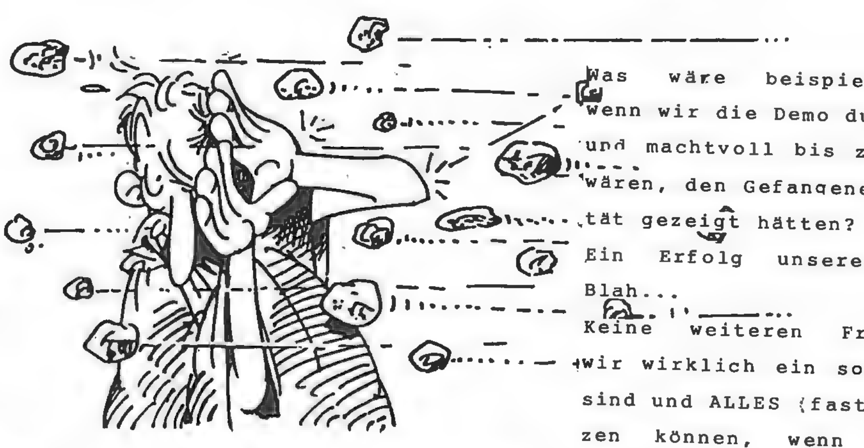
-Trotzdem klar war, daß wir uns für den Rückzug entschieden hatten, konnten sich einige "Helden" mit dieser scheinbaren Niederlage nicht abfinden und warfen Böller, die zum größten Teil in unseren eigenen Reihen landeten.

-Die Leuchtspurmunition aus den relativ sicheren hinteren Reihen, die wärend der Auseinandersetzung vor der Flora geschossen wurde, gefährdete zusätzlich die vorderen und bedeutete noch mehr auf den Kopf und noch mehr Verletzte.

-Leute, die in Unmengen Drogen genossen haben, waren/sind eine Gefahr für den Rest. Es kann nicht unser Ziel sein, deren unermeßlichen "Mut" auszubaden und vorwiegend damit beschäftigt zu sein, Schlimmeres zu verhindern.

Gewagt gefragt - wir hoffen, daß sich bei euch außer Entrüstung auch noch was anderes geregt hat. Trotz aller Schwierigkeiten, andere Wege aufzuzeigen, finden wir es wichtig, sich endlich auch mal an die unbequemen Fragen ranzumachen. In Hinblick darauf, daß wird den Anspruch haben, mehr zu werden, Politik zu machen...- insofern, das, was wir tun, auch erklären wollen/erklärbar sein muß.

Trotz des Wissens um die bereits vergangene Zeit seit Sylvester, daß es auch für viele bereits wieder abgehakt ist, die Diskussionen (die Nachbereitung der Demo) für Einige zum Teil geführt und abgeschlossen sind. Es war uns wichtig, diese Fragen hier nochmals aufzugreifen und zur Diskussion zu stellen. Haben diese Frage nicht auch grundsätzlich etwas mit unserem Politikverständnis und den leider noch immer vorhandenen hierarchischen Strukturen innerhalb der Szene zu tun?



Was wäre beispielsweise gewesen, wenn wir die Demo durchgesetzt hätten und machtvoll bis zum Knast gekommen wären, den Gefangenen unsere Solidarität gezeigt hätten?

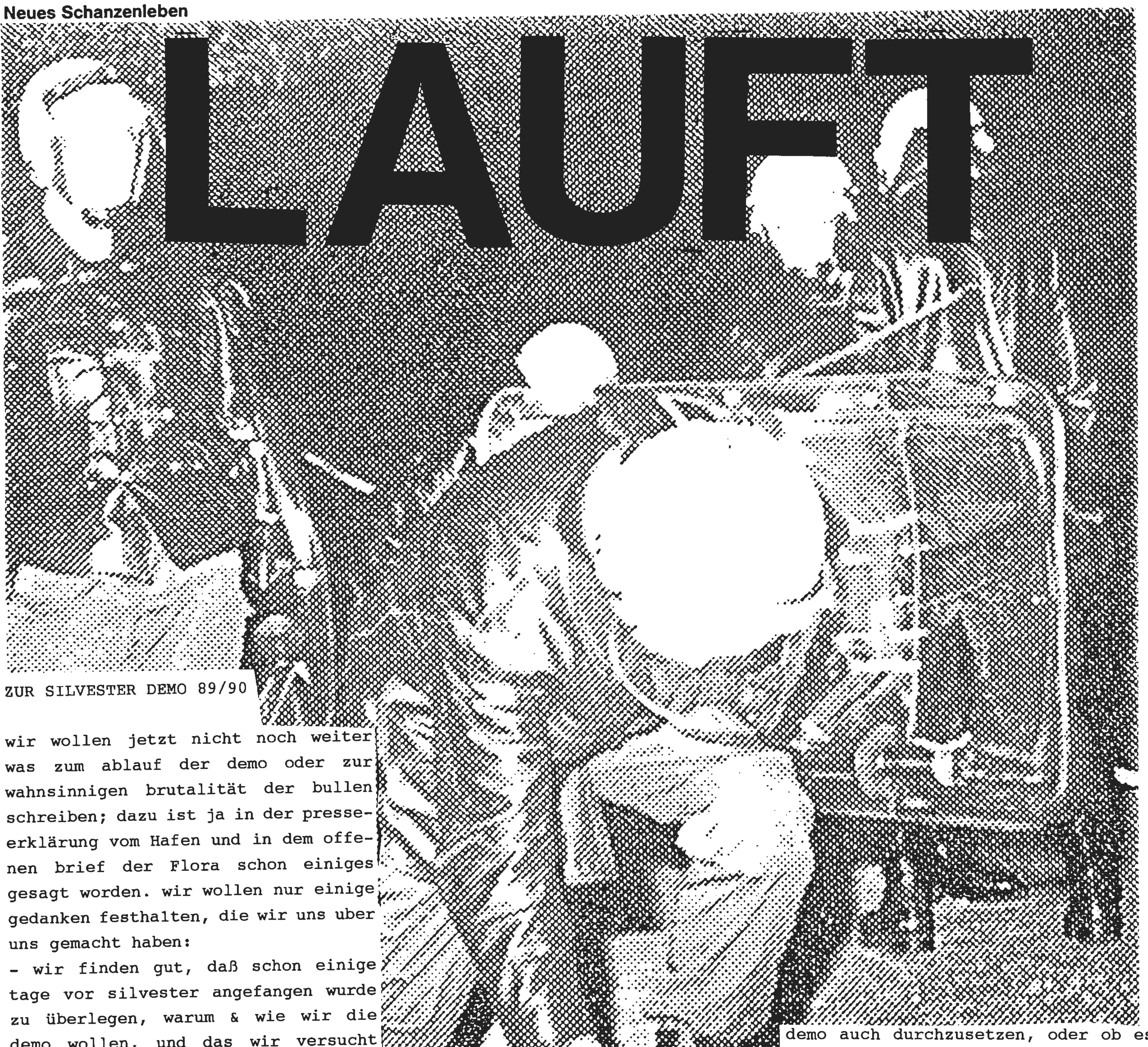
Ein Erfolg unserer Stärke, Blah, Blah...

Keine weiteren Fragen bitte: ob wir wirklich ein solcher Machtfaktor sind und ALLES (fast alles) durchsetzen können, wenn wir es richtig wollen. Eine Legende mehr - und ein Stück Selbstbefriedigung fiele für uns auch noch dabei ab.



Neues Schanzenleben

LAUFT



ZUR SILVESTER DEMO 89/90

wir wollen jetzt nicht noch weiter was zum ablauf der demo oder zur wahnsinnigen brutalität der bullen schreiben; dazu ist ja in der presseerklärung vom Hafen und in dem offenen brief der Flora schon einiges gesagt worden. wir wollen nur einige gedanken festhalten, die wir uns uber uns gemacht haben:

- wir finden gut, daß schon einige tage vor silvester angefangen wurde zu überlegen, warum & wie wir die demo wollen, und das wir versucht haben, die schweine und die politische situation im moment einzuschätzen.
- wir finden gut, daß es vor und während der demo eine art deligiertenrat gegeben hat, um über den verlauf der demo konkret & gemeinsam zu entscheiden. das hat in anbetracht der kürze und hektik auch ganz gut funktioniert. das wollen wir auch in zukunft (natürlich noch besser); allerdings mit mehr genossinnen & genossen aus mehr verschiedenen gruppen und zusammenhängen. das wollen wir vor allem, damit demos o.ä. ausdruck von möglichst vielen meinungen und menschen sind; aber auch, damit die Verantwortung auf mehr leute verteilt ist. wir denken das die tatsache, daß so wenige genossinnen & genossen an der konkreten organisierung der demo beteiligt waren, mitverantwortlich dafür ist, daß z.b. das demo-ende und der selbstschutz der demo insgesamt so schlecht organisiert waren; oder auch dafür, daß es zwar die einschätzung gab, sich vielleicht nicht durchsetzen zu können, aber nicht überlegt wurde, wie wir dann einen gesicherten rückweg hinkriegen wollen.

das heißt dann auch, daß eine vorbereitungsgruppe in der lage sein muß zu übersehen, was an zusammenhängen hinter den einzelnen deligierten steht; und was diese dann wieder an verantwortung übernehmen müssen und können. nur so läßt sich herausfinden, ob wir in der lage sind z.b. in so einer situation wie silvester eine demo auch durchzusetzen, oder ob es besser ist sich einzugestehen, daß wir sie nicht machen können.
- wir sind angemacht von der vielzahl der verletzten von uns! wir denken aber, daß es trotzdem richtig war loszugehen, um vor ort zu sehen, was wir durchsetzen können & was nicht. wir finden auch richtig, am Neuen Pferdemarkt umgedreht zu sein. dort wurde klar, daß uns die bullen auf jeden fall angreifen wollten, was sie dann ja da auch angefangen haben. -

-- hier doch noch mal eine information, die vielleicht nicht alle kennen: noch auf dem Schulterblatt (etwa höhe Lerchenstraße) sind wir mit der demo stehengeblieben und haben überlegt, ob wir weiter wollen. die bullen haben uns dann aufgefordert, daß jemand von uns zu ihrem lautsprecherwagen kommen soll, um die demoroute mit ihnen abzusprechen. als gerade welche von uns hin wollten, haben sie

aber schon gesagt: wenn niemand kommt, geben sie eine route vor. sie haben dann uber lautsprecher mehrmals genau die demoroute durchgegeben, die wir auch ausgewählt hatten und gehen wollten. in der einschätzung, daß es zwar ein spalier geben würde, sie uns aber zum knast gehen lassen würden, sind wir weitergegangen. als wir dann auf dem Neuen Pferdemarkt waren, und sie auf beiden seiten der demo fette spaliere aufgezogen hatten, sind wir nochmal stehengeblieben. es kam dann über ihren lautsprecher die aufforderung, unsere vermummung abzulegen. wir fanden, daß das nur ein vorwand war, uns nicht weitergehen zu lassen und die demo zu verhindern. es wurde daraufhin beschlossen, zur Flora zurückzugehen. leider drehte sich die demo quasi "auf der stelle" um, weil eine "kehre" auf dem Pferdemarkt und damit ein beibehalten der demoaufstellung als nicht durchsetzbar erschien (wegen des massiven spaliers und weil wir dann eine seite des spaliers selber "eingekreist" hätten).

- ab dem zeitpunkt war dann auch klar, daß die bullen auf eine eskalation aus waren. so gingen die prügeleien auf dem Neuen Pferdemarkt, auf dem rückweg zur Flora und vor der Flora ausschließlich von ihnen aus. aus gesprächen unter den bullen und aus den verletzungen geht eindeutig hervor, daß sie dabei ganz gezielt mit äußerster brutalität vorgegangen sind (viele schläge auf die gleiche stelle am arm, am kopf oder das schwarzmalen ihrer gesichter).

bei allem verständnis für die angst & totale verunsicherung, die in der von den bullen eskalierten situation vor der Flora entstanden ist, sagen wir trotzdem:

- wir finden es auch unsere schwäche, daß es zum teil zu einer panik kam, in der gestürzte überrannt und verletzt wurden; in der die Floratür kaum noch zu öffnen war und menschen, die zum schutz der demo in die erste reihe wollten, nicht mehr durchkamen.

- wir finden es scheiße, daß leute aus den hintersten reihen und sogar von außerhalb der bullenumzingelung die situation durch steinwürfe, knaller und leuchtspurgeschosse weiter eskaliert haben. so landeten steine und vor allem leuchtspurmunition in unseren reihen. und einmal waren die bullen sogar schon einige schritte zurückgewichen und stürmten erst auf einen erneuten angriff (aus den hintersten reihen) von unserer seite aus wieder vor. derartiges verantwortungsloses vorgehen hat in unseren augen nichts mit schutz und zu hilfe kommen zu tun! die hier angesprochenen befanden sich die ganze zeit in sicherer entfernung von den bullen und der direkten konfrontation. solange es untereinander nicht anders geredet und organisiert wird, bleiben schutz und eskalation immer denen überlassen, die sie in den ersten reihen führen wollen und dort auch aushalten müssen.

- wir haben erst viel später erfahren, daß wir auf dem Neuen Pferdemarkt nur noch ca. 500 waren, obwohl sich vor der Flora ca. 800 menschen zur demo aufgestellt hatten. das finden wir überhaupt nicht in ordnung! es ist eine sache, wenn sich im verlauf so einer demo einzelne umentscheiden und rausgehen; es ist aber was ganz anderes, wenn sich bis zu einem drittel der demo absetzt; wenn es bei so vielen bedenken gibt, kann und muß das zum ausdruck gebracht werden, und es muß für alle gemeinsam eine lösung gefunden werden. den deligierten war von der "schrumpfung" absolut nichts bekannt und konnte so auch nicht in den entscheidungen berücksichtigt werden.

- noch ein letztes; wir wollen auch in zukunft keine besoffen auf unseren demos. es gab auch silverster wieder welche, die zwar immer weiter nach hinten geschickt wurden, letztlich aber nicht rausgeflogen sind. auf dem rückweg war genau so eine kette besoffener mitverantwortlich dafür, daß die demo nicht zügig ging, sondern immer wieder stockte!

das sich die letzte kritik und die kritik an dem scheißverhalten einiger genossen vor der Flora so gut wie ausschließlich an männer richtet, finden wir typisch und wichtig, nochmal extra zu diskutieren.

trotz alledem finden wir nicht, daß die demo jetzt die "totale niederlage" war. und kapieren auch nicht, wenn bei einigen jetzt ne "untergangsstimmung" ausbricht. wir werden auch weiter zu den genossinnen & genossen in den knästen gehen, und da auch hinkommen und nachholen, was wir diesmal nicht geschafft haben.

rote grüße vom revobl

DOKUMENTATION DER SYLVESTERNACHT AN DER ROTEN FLORA UND DER HAFENSTRAßE

Rote Flora / 23.00 Uhr

Die jährliche Sylvesterdemonstration zum Knast geht von der Roten Flora los, ca. 800 Leute. Wir wollen wie immer die Gefangenen grüßen, einen Moment die Isolation durchbrechen.

Bereits auf dem Pferdemarkt zieht die Polizeiführung ein Dreifach-Spalier auf. Zu diesem Zeitpunkt befinden sich in der näheren Umgebung 4 Wasserwerfer, mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei und BGS (Bundesgrenzschutz). Angesichts der provokativen Knüppelübergriffe aus dem Spalier heraus und der agressiven Polizeiübermacht drehen wir nach kurzer Beratung um und wollen geschlossen zur Flora zurück. Auf dem Weg zurück schnürt uns das Spalier immer enger ein und knüppelt von beiden Seiten in die Demo rein.

Um ca. 23.30 Uhr erreicht die Demo wieder die Flora: die ersten Leute gehen rein. In dieser Situation ihrer vermeintlich letzten Gelegenheit, schlägt und tritt die Polizei mit äußerster Brutalität auf uns ein. Über 30 Menschen werden verletzt davon 15 mit Kopfwunden und viele Handverletzungen. Eine Frau wurde mit Schlagstöcken niedergeschlagen und noch im Liegen durch Tritte ins Gesicht schwer verletzt.

Hafenstraße zwischen 2.30 und 3.00 Uhr

Auch zu diesem Jahreswechsel feiern viele Leute in der Hafenstraße Sylvester. In der Bernhard-Nocht-Straße wird ein Streifenwagen umgekippt und längs auf die Straße gepackt. Der Wagen wird in Besitz genommen und demoliert. Jedoch wurde von niemandem, zu keiner Zeit, die Entwendung der misteriösen, großen und unhandlichen MPi gesehen. Es kommen drei Polizei-Bullis in die Nähe der Leute, die bei dem Streifenwagen stehen. Einer von den Polizeifahrern gibt Gas und fährt mehrere Menschen um. Dabei werden mindestens sechs Leute verletzt, einer davon hat schwere Gesichtsverletzungen, ein anderer wird durch die Luft gewirbelt. Kurze Zeit später wurde der Streifenwagen angezündet. Einige BewohnerInnen der Hafenstraße versuchen die Nachbarautos aus dem Bereich des brennenden Wagens zu schieben. Kurze Zeit später löscht die Feuerwehr den Wagen, die umstehenden Leute werden von der Polizei weggedrängt. Als der Wagen gelöscht ist, befinden sich nur noch Polizeikräfte an dem Wagen, der Kofferraum wird von der Feuerwehr aufgebrochen. Kein Mensch hörte die Explosion der angeblichen 60 Schuß Munition im Kofferraum !!! Oberflächlich wird die Freifläche mit den zwei Bauwägen zwischen Hafenstraße 116 und 120 durchsucht. Um ohne Zeugen zu sein, wird Rechtsanwalt Jens Waßmann von Polizeikräften niedergeschlagen. Bald darauf behauptet die Polizei, ein ausgebranntes MPi-Magazin gefunden zu haben. Doch wie soll das ausgebrannte leere Magazin dort hingekommen sein, wo doch seit dem Brand des Streifenwagens nur noch Polizei und Feuerwehr dran waren???

Später wurde der Entenstall und die Bauwägen auf der Freifläche von der Polizei zerschlagen - nicht, wie angegeben, durchsucht.

Oder gehört es zu einer intensiven Durchsuchung, Scheiben zu zerschlagen, Schränke unzukippen, Holz zu zertrümmern???

Hamburger Häusergruppenplenum

das mußten wir im Verlauf unserer eigenen Geschichte erfahren - ist die Revolution nicht allein die Frage von subjektivem Wollen oder Nichtwollen. Es gilt, die Schwierigkeiten des revolutionären Projekts genau zu analysieren. Die Struktur der gesellschaftlichen Realität steht diesem Projekt entgegen, und zwar nicht nur von Seiten der "Schweine". Die autonome Bewegung ist selbst ein Spiegelbild dieser gesellschaftlichen Realität und keine Macht, die sich durch einen reinen Willensakt außerhalb dieser Realität stellen kann. Deshalb haben wir in den folgenden Texten versucht, diese Widerspiegelung gesellschaftlicher Strukturen in Theorie und Praxis darzustellen. Wie und warum die für die Revolution nicht gerade förderliche Verfassung der hochkapitalisierten Metropolengesellschaften zur Mythenbildung in der Bewegung geführt hat, war unser eigentliches Thema, das an unterschiedlichen Themen durchexerziert wurde. Denn daß zur eigenen Ohnmacht auch noch die Verblödung hinzutritt, ist durchaus vermeidbar.

Wir warnen an dieser Stelle all die unter unseren LeserInnen, die von dieser Lektüre "solidarische Kritik" zur Balsamierung ihrer "Identität" erwarten, um sich dann schlußendlich "wiederfinden" zu können. Keine Haftung für Schäden an Seelen, "Strukturen" und "Zusammenhängen"!

Wir haben die erste Auflage dieser Broschüre ergänzt um einen Vortrag, den wir bei einer Diskussionsveranstaltung über unsere Kritik an der autonomen Bewegung gehalten haben. Da dieser Redebeitrag sowohl unsere Gruppe kurz vorstellt als auch unsere Kritik in knapper Form zusammenfaßt, haben wir diesen Beitrag an den Anfang dieser Broschüre gesetzt.

Die nächsten drei Beiträge befassen sich mit der Kritik der Basisbanalitäten des autonomen Weltbilds. Als da wären: Der Nebel um den autonomen Begriff von **Staat und Faschismus**; das Allerheiligste der Autonomen: **Identität**; schließlich die leidige **Organisationsfrage**.

Im zweiten Themenblock wollen wir diese Kritik in einer Aufarbeitung der autonomen Praxis verdeutlichen.



Niemand begreift es mehr als Auszeichnung, der autonomen Szene anzugehören. An jedem Küchen- und Kneipentisch werden die Absurditäten aus Politik und Alltag der Szene seziert - um die autonomen Mythen um so höher zu halten. Besonders wenn es mal wieder kracht, wie jüngst in Kreuzberg. Ganze Wälder fielen der Produktion der unzähligen Kritikpapiere zum Opfer, die alle Symptome des Niedergangs einer Bewegung vollständig aufzählen - um dann "solidarische Kritik" zu äußern, das heißt, als Therapie gegen die grassierende "Unverbindlichkeit" eine weitere Dosiserhöhung der Szenedroge "Identität" zu verschreiben, womit gesichert ist, daß das immer gleiche Ritual weitergeht. Die inzwischen fast schon wieder verstummten ideologischen Spiegelfechtereien der verschiedenen "Ansätze" verdecken nur den einmütigen Grundkonsens: den Geburtsfehler der Bewegung, die in ihrem ideologischen Überbau die Rückständigkeit der Spontis und Alternativen übernommen hat und immer noch mitschleppt. Um das vergessen zu machen, findet eine zu der der GRÜNEN symmetrische Fetischisierung der "Gewaltfrage" statt. Unsere Absicht war es nicht, die Frage der Revolution von der Tagesordnung zu streichen. Trotzdem - und



Anhand eines Schnelldurchgangs durch die autonome **Bündnispolitik** soll die Konstante in diesem standigen Wechsel von Kampagnenpolitik und Abgrenzung der Szene verdeutlicht werden: Die fatale Dialektik von Identitätskult und Reformismus, die sich aus der Verkürzung des theoretischen Horizonts auf die Erfordernisse des Szenealltags ergibt. Deutlich wurde dies einmal wieder an der **IWF-Kampagne**. Die Niederschrift einer Gruppendiskussion über die IWF-Kampagne in der ersten Auflage haben wir ersetzt durch einen Vortrag, den wir in Mainz zur Kritik der autonomen IWF-Kampagne gehalten haben. Wir hoffen, daß dadurch unsere Position deutlicher wird als durch die vielleicht doch etwas chaotische Diskussion.

Inhaltlich dominierte bei der autonomen IWF-Kampagne der Ansatz der *Autonomie (Neue Folge)* bzw. der *Materialien für einen neuen Antiimperialismus*. Aus diesem Grund widmen wir die drei letzten Beiträge der Kritik dieser Verherrlichung vorkapitalistischer Subsistenz: Die Unfähigkeit, die kapitalistische Vergesellschaftung durch den Wert zu begreifen, die Deutung ihrer Widersprüche als Willensverhältnisse führt zu der Unfähigkeit, die Aufhebung dieser Widersprüche nach vorne zu denken.

2. Fassung des Vorworts:

与传统观念彻底决裂

Autonome Studis
(Bolschewiki)



Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen

Ein Blick über den Tellerrand autonomer Basisbanalitäten

sich in unsere zusammenhänge einzuklinken bringt niemand mehr richtig power. die discussions darüber werden nicht kollektiv geführt - privatisiert, nicht autentisch, gelaber, wo hirnwixer sich hochziehn. die militante aktion hat mal wieder rübergebracht wie revolutionäre bestimmung, diese hänger zum schweigen zu bringen. dann haben sie nix mehr zu sagen, dann kommt raus, dass sie nix ticken, wie nach kreuzberg.

statt ihre indentität zu materialisieren, zur front durchzukämpfen, sitzen sie vereinzelt - isoliert, bürgerlich - am schreibtisch. ihre kritik geht nur an symptome, um vom gesamtsystem, der ganzen scheisse abzulenken. von daher können sie unter verbindlichkeit, identität nur ihren konkurrenten Dreck verstehen, nicht das was kämpfende menschen, also wir, in der ganzen welt fühlen. für sie ändert sich nix, wollen sie auch nicht.

mit ihrem ganzen theoriegewixe können sie das schweinesystem nicht kippen. raus kommt nur der ganze dreck, verrat, von der staatsschutzlinken, counter. das einzige was ihnen einfällt ist cooles fightergehabe, bürgerlicher dreck, da ist nix autentisches, lebendiges weil das - itendität - gibts nur im kampf - nur im bruch mit dem ganzen dreck - kollektivität. nicht der fight ist entscheidend - mensch oder schwein, revolutionäre bestimmung, sich durchkämpfen wollen zur front.

das front hier möglich ist, hat die guerilla gezeigt - hat sich über die niederlage 77 zur kontinuität des befreiungsprozesses durchgekämpft, gegen alle counterpropaganda, staatsschutzlinke, verrat. dass front hier möglich ist haben die gefangenen gezeigt, die gegen das zionistische nato-vernichtungsprojekt weitergekämpft haben - es ihnen unmöglich gemacht haben, in der iso ihre identidät zu brechen. das alles kommt jetzt mit den kämpfen gegen die natoprojekte zusammen - weil immer mehr menschen getickt haben das dieses system nur zerstörung von leben und identität, nur gewalt ist - und mit den befreiungsbewegungen im trikont - zur front.

doch front ist nicht nur individueller flip - wie bei boock dem schwein der das nie getickt hat. front ist sich einklinken - nicht mehr in die alte scheisse zurückfallen wollen, also nicht mehr können - in den weltweiten frontprozess. das meinen die typen, wenn sie von proletarischem internationalismus reden - sieg oder tot - nicht überleben um jeden preis. dabei müssen wir hier unseren kampf im frontabschnitt westeuropa selbstbestimmt bestimmen - kollektiv, im kampf, wos nur eins gibt, teil vom problem oder teil von der lösung. wir müssen unsere köpfe und unsere strukturen zumachen, nicht nur gegen die apparate der schweine - sondern auch gegen dass was noch viel subtiler wirkt, konsumscheisse, individualismus, counter, wo der ganze dreck wieder reinkommt.

ZUR FRONT IN WESTEUROPA DURCHKÄMPFEN!
INDENTITÄT IM KAMPF KOLLEKTIV UND SELBSTBESTIMMT ENTWICKELN!
DIE STAATSSCHUTZLINKE ALS TEIL DER FORMIERUNG DES WELTWEITEN IMPERIALISTISCHEN GESAMTSYSTEM (IGS) ANGREIFEN!



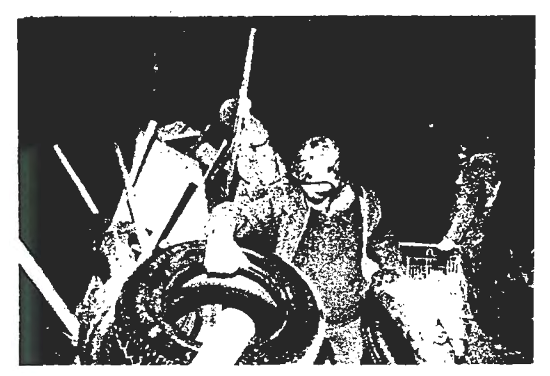
Vorabkritik der Initiative Sozialistisches Forum

Die Reflexivität, durch die Autonome, wenn auch nur allzuoft nach größeren Blamagen, sich auszeichnen, ist als materialistisch-kritisches Potential in der sich kapitalisierenden Gesellschaft zwar nicht zu unterschätzen, kann aber das allgemeine Dilemma bürgerlicher Individuen, bei denen die kapitalistische Trennung von Tauschwert und Gebrauchswert in kontradiktorischem Widerspruch von Bourgeois und Citoyen sich widerspiegelt, keinesfalls auflösen. Kritik, die als "solidarische" sich mißversteht, hat insgeheim schon das verfehlt, was im Begriff der Kritik intendiert war.



Auch diese Textsammlung kann der Aporien der revolutionären Intention in nichtrevolutionären Zeiten nicht sich entziehen. Statt diesc durchzuführen und im Sinne kritischer Theorie Kritik zur Krise zuzuspitzen, wird hilflos versucht, diese aus bestehenden Verhältnissen "abzuleiten". Damit verfällt sie selbst dem vorgeblich kritisierten Lasalleanismus-Kautskyanismus-Leninismus-Trotzkismus-Stalinismus, kurz: sie liefert den ideologischen Grundübeln zum Kartell zeitweilig mit produktiven Aufgaben betrauter Staatsbürger emanzipierter Arbeiterorganisationen begriffslos sich aus. Der Glaube, einige klare Gedanken, wie sie auch in dieser Textsammlung gelegentlich zu finden sind, könnten ein freundliches Schulterklopfen kritischer Kritik provozieren, ist trügerisch. Um mit Hegel zu reden: Nur das Ganze ist das Wahre. Was soviel bedeutet wie: Das Ganze ist das Unwahre (Adorno). Dies gilt auch für diese Pseudo-Autonomen-Kritik, die aufgrund ihrer immanenten Konstruktion notwenig in Affirmation umschlagen muß. Wir können deshalb nur wieder einmal konstatieren: Die Autonome Bewegung verhält zur Kritik sich wie Gebrauchswert zu Tauschwert.





autonome gruppen:
denn jemand muß es ja tun!

<u>Polizeisoziologische Expertise für das BKA/Wiesbaden</u>

Das subkulturelle Gefüge autonomer Sozialstrukturen befindet sich in einem nicht zu überblickenden Erosionsprozeß, der den Kulminationspunkt seiner spezifischen sozio-interaktiven Dynamik noch nicht erreicht hat. Da dem klassischen autonomen Milieu alle strikten Regeln, alle festen Normen - tendenziell auch jegliche Kontinuität, die damit unmittelbar korreliert - als lebensfeindlich und repressiv erscheinen, generiert es keine dauerhaften Institutionen, differenzieren sich keine langlebigen Systeme aus; allenfalls bestimmte Alltagstheorien, Alltagsnormen (d.h. Umgangsformen) gelten als typisch. Das zentrale Problem liegt in der geringen Formativität des Autonomen--Syndroms und der geringen Normativität der Autonomen-Normen und -Programme, wobei der Normen-Begriff hier eher verhaltensstrukturell als ethisch-moralisch zu verstehen ist.

Es läßt sich, um Wolf-Dieter Narr in einer polizeisoziologischen Expertise über das Phänomen der Spontibewegung der 70er Jahre zu folgen, unschwer ein "unpolitischer Autismus" bei extremen Autonomen diagnostizieren. "Autistisch ist, daß der Empfindlichkeit für eigene Leiden keine Empfindsamkeit für andere [z.B. Polizeibeamte], insbesondere keine soziale Handlungskompetenz entspricht. Gefährlich ist das autistische Unvermögen, sich zu verhalten, deswegen, weil Kriterien des Urteilens, Analysierens und des Verhaltens mangeln. Der innere Kompaß fehlt. Deshalb bleibt man passiv, verhält sich regressiv und ist, wird man mobilisiert, äußeren Einflüssen hilflos ausgeliefert. Die politische Reflexion, wenn sie überhaupt angestellt wird, bezieht sich auf Abstrakta, auf andere, auf Traumwelten."[1]

Es erscheint evident, daß die Autonomen das historische und existentielle Erbe der Spontis angetreten haben. Das so skizzierte Phänomen ist jedoch nur ein korrespondierendes zum Phänomen des herrschenden Autismus, nämlich der Borniertheit, Orientierungslosigkeit und Selbstgefalligkeit der etablierten westdeutschen Politik. Es bestünde unter Umständen für den wissenschaftlichen Betrachter die Possibilität, zwischen Aktiv-Autonomen und den passiven Angehörigen der "Scene" zu differenzieren, jedoch erschienen uns derart dichotome Klassifizierungen objektspezifisch nicht opportun: privater Rückzug und autonomer Aktivismus sind zwei Seiten der selben Medaille. Signifikant ist in jedem Falle ein Stimmungsexistenzialismus, der betont konsumtiv-rezeptiv gefärbt ist, ein Existenzialismus ohne Subjekt bei zeitgleichem Dogmatismus der Subjektivität[2]. Wesentlicher Faktor ist die Auflösung konventionaler sozialgestützter Normensysteme, die aus innerpsychischer Dynamik zu einer völlig irrationalen, entstrukturierten Hypertrophie des Ich-Ideals führt, einhergehend mit



früher hing ich oft nur so rum
'n paar biers und vielleicht mal so ganz individualistisch
'n telefonhäuschen plattmachen . . .

heute weiß ich, daß wir in der gruppe mehr schaffen!



Labilität und spezifischer Unspezifik der objektivitätsentleerten Sympathiebetontheit autonomer Strukturen.[3] In nuce konnten wir in einer empirischen Überprüfung unserer Thesen eine Korrelationskoeffizienten amalgamieren, der einen in der oralen Persönlichkeitsstruktur angelegten Unwillen zum systematischen Denken und analytischen Gliedern, sowie undurchschautes Festhalten an präambivalenten Einstellungen und Denkweisen zu verifizieren vermag[4].

1 W.-D. Narr in: <u>Die Zeit</u>, Nr.4/1978
2 vgl. auch: Roland Roth, <u>Oral strukturierter Aktivismus in den neuen sozialen Bewegungen unter spezifischer Betrachtung des Betroffenheitsideologems</u>, Wiesbaden 1986
3 vgl. auch: Gunther Dux, <u>Die spezifische Unspezifik des postkonventionellen Subjekts</u>, Freiburg i.Br. 1985 Sowie: Thomas Ziehe, <u>Pubertät und Narzißmus</u>, Köln 1984
4 hierfür beziehen wir uns auf die Studie Klaus Holz, <u>Kognitive Dissonanzreduktion durch autonomen Aktionismus. Versuch einer Phänomenologie des Subjektiven an und für sich</u>, Freiburg 1985 (uni-press)



Anmerkung der Redaktion:
Bei dem vorausgegangenen Text ab Seite 18 handelt es sich um das Vorwort zu einer Broschüre der Autonomen Studis (Bolschewiki) aus Freiburg, das wir hier spontan und unautorisiert vervielfältigt haben. Die Lektüre des gesamten Textes, für den das Vorwort einen Vorgeschmack geben soll, sei allen krisengeschüttelten Autonomen auf der Suche nach Identitäterä in Zeit und Raum wärmstens ans Herz gelegt.

- Die gemeine autonome Theorie als Teil der Formierung des weltweiten Gesamtsystems begreifen!

- Gekonnt in Westeuropa Scheiß bauen!!

- Für eine geeinte Westorthopädische Front!!!

Bestelladresse im Vorwort

AUF ZUR ANTI-AKW-DEMO NACH



AKW Stendal

In der BRD steht die Atommafia mit dem Rücken zur Wand.
Die Akzeptanz für die Nutzung der Atomenergie ist in der BRD-Bevölkerung so gering wie nie.
Die politischen Veränderungen in Osteuropa ermöglichen es auch der BRD-Mafia, die hier kein KKW mehr auf die Wiese kriegt, neue Absatzmärkte zu erschließen.
Der Besuch von Atomminister Töpfer vom 16.-18.1.90 im Atommüllendlager Morsleben und auf der KKW-Baustelle Stendal macht dies deutlich.
Wenn Töpfer sagte, die aus der UDSSR stammenden Atommüllanlagen seien eine "Gefahr für ganz Mitteleuropa", dann hat er zwar recht, damit befürwortet er aber nicht die Stillegung der Anlagen, sondern den Einstieg der westdeutschen Konzerne in das lukrative Ost-Geschäft. D.h. konkret: Umrüstung des KKW Greifswald und Weiterbau des KKW Stendal nach angeblich besseren Weststandards. Anschließend bleibt dann noch die Möglichkeit, den DDR-Bürgern zu erzählen, wie schön blau ihr Himmel mit Kernenergie statt Braunkohle wäre.
Dieser Export westlicher Technologie würde die kapitalistische Ausbeutung in der DDR etablieren, die DDR auf dem Energiesektor von Westfirmen abhängig machen und ein Mittel zur Installierun der Herrschaft des westdeutschen Kapitals und letztendlich zur Vereinnahmung der DDR sein.
Seit 1974 ist das KKW Stendal mehr oder weniger im Bau befindlich. Bisher wurde nur viel Beton und etwas Stahl verbaut, obwohl 10.000 Beschäftigte z.Zt. auf dem Gelände arbeiten, wo früher die Gemeinde Niedergörne an der Elbe war.
Das KKW-Stendal ist auf 4000 Megawatt ausgelegt. (Greifswald: 1760 Megawatt, Uraltreaktor Rheinsberg (1965): 70 Megawatt). Für die erste Bauphase (Block I u. II = 2000 MW) gibt es Lieferverträge mit der UDSSR. Ob die UDSSR liefern kann, ist unklar. Für die Bauphase II (Block III u. IV) gibt es noch keine Planungen und Lieferverträge mit Reaktorherstellern.
Es gibt aber ein Angebot von Preussen Elektra und Bayernwerke vier KKW's in der DDR zu bauen, wobei dei DDR zwecks Abzahlung des Baues, 50% des erzeugten Stromes kostenlos in die BRD liefern soll. Stendal wäre eine Möglichkeit zur Umsetzung dieser Planung.
Zur Demo organisatorisch: Staat und Gewaltmonopol in der DDR sind zur Zeit stark verunsichert bis handlungsunfähig. Gute Voraussetzungen für eine machtvolle Demo. Der 11.3. ist ein Sonntag (Touri-Verkehr beachten!).
Die Fahrzeit nach Stendal beträgt 3-4 Std. Für Leute, die keine Mfg haben, organisiert die BUU Busse. Fahrpreis 28.- DM. Bitte rechtzeitig dort melden!
Tel.: 390 61 67

Der Bauplatz in Stendal muß wieder zur Wiese werden!



Antifa – Informationen

DIE GRENZE VERLÄUFT NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN, SONDERN ZWISCHEN OBEN UND UNTEN

Wir haben uns in der Antifa organisiert, um
- die Öffentlichkeit über die Tagespolitik und die wirklichen Ziele der Faschisten zu informieren
- ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das es den Herrschenden erschwert, ihre menschenverachtende Politik durchzusetzen
- uns gegen den alltäglichen Terror zu wehren
- uns antifaschistische, antikapitalistische gesellschaftliche Perspektiven zu erarbeiten und öffentlich zu machen.

Kein Fußbreit den Faschisten!!

In den letzten Wochen versuchen die Faschisten – von den REPs über "normale" Skins bis zur FAP – verstärkt, die Straße für sich zu erobern.
Einerseits wollen sie die Öffentlichkeit "unauffällig" an ihr Bild gewöhnen, andererseits durch offenen Terror einschüchtern.
Die skrupellosen Angriffe gegen alles, was nicht ihrem Bild vom "stolzen Deutschen" entspricht, nehmen weiter zu.
Der allgemeine Trend zum "neuen deutschen Nationalismus" und das großdeutsche Geschwätz in Medien und Parteien (von Springer bis zu Teilen der TAZ, von CSU bis zu Teilen der Grünen) gibt den Faschisten hierbei den nötigen Rückenwind.
Schließlich war der Revanchismus in dieser offenen Form noch vor kurzem ein Privileg der Faschisten !
Auf Stellwänden findet Ihr in mehreren Altonaer Kneipen, Zentren und an vielen Häuserwänden in unregelmäßigen Abständen Informationen der Antifa Altona.
Faschistische Organisationen (Rep, DVU...) und deren Umfeld (Nazi-Skins) treten seit ca.1 1/2 Jahren immer aggressiver auf. Zum einen durch rassistische sexistische oder sonstige menschenverachtende Propaganda, zum anderen durch körperliche Angriffe bis hin zum Totschlag oder Morddrohungen gegen ImmigrantInnen und AntifaschistInnen.

Faschistische Organisationen tragen mit ihren Forderungen z.B.
- Ausländer raus
- Verbot des Schwangerschaftsabbruchs
- Wiedervereinigung

dazu bei, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das es den Herrschenden ermöglicht
- die Asylgesetze zu verschärfen
- den §218 zu verschärfen
- eine schnelle Wiedervereinigung im Sinne des Kapitals durchzusetzen.

Daher ist auch klar, daß Polizei und Justizorgane die Faschisten nicht bekämpfen, wenn wir mal von spektakulären Einzelaktionen absehen, die dazu dienen, eine staatliche Bekämpfung des Faschismus vorzutäuschen.

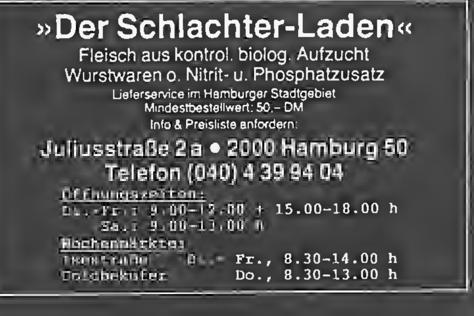
Am 3.2. versuchten die Faschisten – zum 2.Mal in kurzer Zeit – diesen Rückenwind für sich zu nutzen:
Mit ca.150 organisierten und zum großen Teil bewaffneten Anhängern aus ihrem gesamten Spektrum machten sie einen Propagandamarsch durch die City von Hamburg unter den Parolen: "Nie wieder Kommunismus" und "Deutschland einig Vaterland".
Die Staatsgewalt bezog offen und unmißverständlich Position: Die kurzfristig zusammengekommenen AntifaschistInnen wurden eingekesselt, abgefilmt, als "Rote" angepöbelt. Eine Frau wurde wegen "Vermummung" festgenommen, einige wurden mit Gummiknüppeln geschlagen.
Die Faschisten konnten unterdessen unter dem Schutz der Polizei ungehindert ihren Marsch bis zur Ausländerbehörde(!) am Hachmannplatz durchführen. Sie waren so offen bewaffnet, daß sogar von einzelnen Polizisten Verwunderung geäußert wurde.
Mit jedem Erfolg dieser Art werden die Faschisten frecher, gefährlicher und vor allem mehr !!!
Schon am 3.3. planen sie den nächsten Marsch durch Hamburg – dieses Mal bundesweit organisiert!

WIR RUFEN ALLE ANTIFASCHISTINNEN AUF, DEN GEPLANTEN BUNDESWEITEN MARSCH DER FASCHISTEN DURCH HAMBURG AM 3.MÄRZ ZU VERHINDERN!!!











Etwas wird der BetrachterIn dieser neuen Fotozeitung sofort ins Auge fallen – das große Format, daß es kaum etwas zum Lesen gibt und der Preis... KLIRR erscheint vierteljährlich ab Dez. 1989, Format DIN A3, 32 Seiten, 6,– DM. Wenn Sie mehr sehen möchten, schreiben Sie an:

Druck- u. Verlags GmbH
KLIRR
32, 2000 Hamburg 50

mich für KLIRR und möchte

Lederladen

die Spezialisten für Motorradklamotten und besondere Ideen Reparaturen

Bergiusstr. 12, 2 HH 50, Tel. 39 67 79
Di–Fr 14–18.30, Sa n.V.









HOLLAND KAAS IMPORT GMBH

naturgereifte Käse

Schulterblatt 60



Buchhandlung YOL

Schanzenstraße 5 Tel. 43 54 74

Wir haben Bücher und Informationen über die Türkei, Emigranten in der BRD, Literatur von türkischen Autorinnen und Autoren.

AYRICA TURKÇE KITAPLAR

YOL KİTABEVİ













DUCKENFELD im Oelkerscafe
Oelkersallee 64
3.3./4.3./5.3.
Tillie and Gus
10.3/11.3./12.3.
Never give a Sucker an even Break
17.3./18.3./19.3
Dr.Seltsam oder wie ich lernte die Bombe zu lieben
24.2./25.2./26.2.
Tales of Manhattan
31.
31.3./1.4./2.4.
You can`t cheat an honest man

LiteraturLabor
1.3.-31-3.
Fotographien von Lilo Hagen
23.3. 20.00
Cocktails und Kritik
Eintritt 5.-DM
22.3. 18.00-20.00
Autorensprechstunde mit Vera Rosenbusch

PVC Prima Vilm Club

Dienstags 19.00 Uhr
Libertäres Zentrum
Lagerstr.27

6.3. Missing
13.3. Tom-Waits-Abend
-Down by Law
-Big Time
20.3. Herz mit einem Sprung
27.3. Der rote Zar

macht radio!!
radio st.pauli
montags von 17.00-21.00 auf 97,1Mhz

17.00-18-00 "subjektiv und aktuell" Nachrichtensendung

18.00-19.00 Musiksendung

19.00-20.00 Sendungen von Gruppen und Initiativen

erreichbar: Freitags,18.00-20.00
Thadenstr.94, 43 77 16





Vorwort
zu/zum
neuen Ausländergesetz
der neuen
W.I.S. Broschüre
Wasserturm
Libertären Zentrum
Phantom
Lama, Sommerhuder
eine Überraschung
Sylvester
Autonome Selbstkritik
Demo-Aufruf Stendahl
Antifa + Termine

Neues Schanzenleben